

Zukunftsfähige Gestaltung der Globalisierung

Am Beispiel einer Strategie für eine nachhaltige Klimapolitik

Christoph Bals¹, Januar 2002

Erschienen in: Zur Lage der Welt 2002, Hg.: Worldwatch Institute, in Kooperation mit Germanwatch

Der 11. September 2001 hat unter anderem gezeigt, dass die "wilden" ökonomischen Globalisierungsprozesse einer neuen politischen Rahmensetzung bedürfen, die diesen im Sinne sozialer und ökologischer Zukunftsfähigkeit "Zügel" anlegt. In diesem Sinn kann von der Notwendigkeit einer Renaissance - aber auch einer Veränderung - einer globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik gesprochen werden. Politik, die Globalisierungsprozesse vorantreibt, ohne zugleich deren soziale und ökologische Risiken zu bändigen, setzt mittelfristig die eigene Legitimation auf's Spiel². Ein Thema verdeutlicht diese Notwendigkeit zehn Jahre nach Rio und damit vor dem Weltgipfel in Johannesburg ganz besonders: die internationale Klimapolitik. Dies auch darum, weil hier das scheinbar "weiche" Umweltthema Klima mit dem "harten" Thema Energie zusammentrifft.

Es gibt kaum einen Krieg, bei dem die Sicherung von Energieressourcen nicht eine Rolle spielt. Die weltweiten Diskussionen der letzten Jahre haben aber verdeutlicht: Präventive Klimapolitik bedeutet in ihrem Kern intelligente und risikominimierende Energiepolitik. Die UN-Klimaverhandlungen - so langsam sie auch laufen - zeigen Ansatzpunkte, wie ein international verantwortliches Risikomanagement gestaltet werden kann. Die Langsamkeit des Prozesses liegt gerade darin begründet, dass es hinter dem weichen Umweltmantel um harte Energiepolitik geht. Sonst wäre der Widerstand - gerade auch jenseits des Atlantiks - nicht so groß.

Nach dem Ausscheren der US-Regierung aus dem Kyoto-Prozess gewinnt eine Analyse des internationalen Klimaschutzprozesses viel von einer eigenständigen europäischen Perspektive. Der folgende Germanwatch-Beitrag versteht sich in diesem Sinne als "europäische Ergänzung" zu den aus US-Perspektive geschriebenen Analysen in den Beiträgen des Worldwatch-Institutes. Germanwatch versteht sich auch in anderen Zusammenhängen als Übersetzer, Moderator und Impulsgeber - und will dies auch im transatlantischen Dialog versuchen. In einer Zeit, in der die Politik zögert, ihre Gestaltungsaufgaben für die Zukunft wahrzunehmen, ist die Zivilgesellschaft gefordert.

Wenn die Herausforderungen für die Zivilgesellschaft im Folgenden mehrfach aus der Perspektive einer Nichtregierungsorganisation (NRO) - Germanwatch - beschrieben wird, so ist dies nur beispielhaft gemeint. Es gibt noch vielfältige andere Ansätze von Nichtregierungsorganisationen, die sich in einem großen vielstimmigen Konzert meist sehr sinnvoll ergänzen. Im Klimakontext geschieht dies vornehmlich über die Kooperation im Climate Action Network (CAN) und in Deutschland über das Forum Umwelt & Entwicklung. Die 1991 gegrün-

¹ Mit sehr konstruktiven Kommentaren haben meine Kolleg(inn)en Dr. Michael Baumann, Dörte Bernhardt, Dr. Rainer Engels, Britta Horstmann, Klaus Milke und Dr. Manfred Treber sowie meine Frau Christiane Bals geholfen, die Stringenz der Argumentation dieses Artikels zu schärfen. Mehr als allen anderen schulde ich Gerold Kier für seine fachliche und technische Unterstützung Dank. In jahrelangen intensiven Diskussionen im Rio Konkret-Team bei Germanwatch - insbesondere mit Dörte Bernhardt, Gerold Kier, Klaus Milke, Dr. Manfred Treber, in jüngerer Zeit auch Britta Horstmann und Stefan Rostock - wurden die Überlegungen des Beitrags immer wieder weiterentwickelt.

² "Die Globalisierung bietet große Chancen und Möglichkeiten. Sie verspricht Wohlstand und Stabilität. Ihre Vorteile sind jedoch heute sehr ungleich verteilt. Allenthalben werden aber auch weitere Probleme und Missstände deutlich, die mit globalisierten Wirtschafts- und Stoffströmen und universellen Konsummustern in Verbindung gebracht werden. Eine fehlgeleitete Globalisierung missachtet die Grenzen der Belastbarkeit von Menschen und der Erde. Die zentrale Herausforderung ist daher, die Globalisierung zu einer für alle Menschen positiven Entwicklung zu machen und einen richtigen regulatorischen Rahmen als Zukunftsweg der Marktwirtschaft auszugestalten." (Der Nachhaltigkeitsrat, 2001: 11).

deten Nord-Süd-Initiative Germanwatch hofft durch eigene Strategieüberlegungen zu dieser Debatte beitragen zu können. Dies kann heute weniger denn je eine innerdeutsche oder auch nur innereuropäische Debatte sein. Es geht jetzt um eine verstärkte internationale Kooperation - gerade auch mit konstruktiven Gesprächspartnern in Entwicklungsländern und in den USA. Es geht um Strategien, wie globale Risiken eingeschränkt werden können. Denn längst ist die Weltgesellschaft zu einer "unfreiwilligen Risikogemeinschaft" (Habermas, 1998, 89) geworden. Eine entschiedene Klimapolitik könnte wichtiger Bestandteil einer Strategie sein, die solche Risiken begrenzt. Einerseits: Kriege könnten vermieden werden, wenn die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert würde; der Westen wäre nicht länger gezwungen, korrupte und undemokratische Regierungen zu stützen und damit seine Glaubwürdigkeit zu unterhöhlen, nur um den Zugang zum Öl zu sichern. Andererseits: Immer häufiger tragen Wetterextreme zur Destabilisierung von Gesellschaften bei. Nur ein aktuelles Beispiel: In Afghanistan hat eine dreijährige Dürre Hunderttausende zur Flucht gezwungen, noch bevor der "Anti-Terror-Krieg" begann.

Strategien für eine zukunftsweisende Klimapolitik

Es ist eine traurige Ironie der Geschichte, dass es ausgerechnet die Regierung der USA ist, die den Versuch, durch den Abschluss des Kyoto-Protokolls diese Risiken zu begrenzen, nicht mitgetragen haben. Die Klimagipfel von Bonn und Marrakesch im Jahr 2001 haben dennoch ein Desaster bei der Begrenzung internationaler Klimarisiken einstweilen abwenden können. Der Kyoto-Prozess ist einer der wichtigsten Fortschritte beim Versuch, institutionalisierte Verfahren transnationaler Willensbildung im Sinne von 'global governance' zu etablieren. Er versucht nach dem Prinzip der "gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung" Lösungen zu entwickeln, die sowohl die Perspektive der Hauptbetroffenen vom Klimawandel - der Entwicklungsländer - als auch die der (bisherigen) Hauptverursacher vom Klimawandel - der Industrieländer - zu berücksichtigen.

Ob die Ergebnisse der Klimagipfel von Bonn und Marrakesch aber tatsächlich der Einstiegspunkt für einen deutlich risikomindernden Emissionspfad sind, wird erst die Zukunft erweisen. Immerhin, auf den ersten Blick sieht das Boot recht stabil aus. Aber große hässliche (Schlupf-)Löcher klaffen noch im Bug des Kyoto-Schiffes. Nur wenn diese im weiteren Prozess gestopft werden, kann die Reise erfolgversprechend werden. Auch ist der Kompass noch nicht justiert. Die notwendigen ehrgeizigen Klimaschutzziele werden noch nicht angepeilt. Lediglich dem noch schnelleren Abdriften vom Ziel wurde entgegengewirkt. Die derzeitige Regierung des größten Emittenten, der USA, zeigt noch keinerlei Anzeichen, sich ernsthaft am Klimaschutz beteiligen zu wollen. Ohne die USA lässt sich langfristig eine dauerhafte Klimastrategie nicht durchsetzen, weil ein Viertel der Emissionen unangetastet bliebe bzw. weiter wachsen würde. Solange das so bleibt, bestehen auch nur geringe Chancen, die Entwicklungsländer mit ins Boot zu bekommen. Nach den Klimagipfeln in Bonn und Marrakesch sind die Chancen gut, dass genügend Staaten das Kyoto-Protokoll ratifizieren, sodass dieses im Jahr 2002 in Kraft treten kann. Nur wenn dies gelingt und eine entsprechende Politik dann auch umgesetzt wird, wenn die Bedeutung der Erneuerbaren- und Energieeffizienz-Industrie in den nächsten Jahren deutlich zunimmt, wenn der Nachweis geführt werden kann, dass intelligente Klimapolitik Arbeitsplätze schafft und der Wirtschaft nicht schadet - dann besteht Aussicht auf die notwendige Trendwende.

Dem völligen Kollaps des Kyoto-Prozesses gerade entronnen, bedarf es jetzt einer klaren Analyse, um zu einer erfolgreichen Klimaschutz-Strategie in den kommenden Jahren zu kommen. Gerade in einer Welt schnell zunehmender grenzüberschreitender Risiken dürfen wir nicht der Versuchung nachgeben, "den nur noch moralisch Aufgeregten" (Koch, 1995, 8) Platz zu machen. Eine stringente Analyse kann natürlich den Erfolg einer Klimastrategie nicht garantieren. Aber sie kann doch plausibel machen, welches Vorgehen eine Drift³ der dynamisch rückgekoppelten Subsysteme Politik, Wirtschaft und Technologie in Richtung Klimaschutz wahrscheinlicher bzw. unwahrscheinlicher machen würde. Eine radikale Ausgangsfrage für eine Nichtregierungsorganisation wie

³ Von "Drift" wird hier gesprochen, um sich von allzu mechanistischen Modellen der gesellschaftlichen Steuerung, Veränderung oder Einflussnahme zu differenzieren. Das Segelboot mag hier eher als Modell dienen, bei dem, obwohl das Ziel angepeilt wird, Wind und Strömung einen Strich durch die Rechnung machen können.

Germanwatch ist daher: Wie kann sich eine demokratische Gesellschaft angemessen auf die selbst erzeugten gravierenden Veränderungen in ihrer Umwelt einstellen? (vgl. Luhmann, 1997, 796).

Die von dieser Frage ausgehende Analyse ist doppelerspektivisch angelegt. Einerseits wird *aus der Sicht von Bürger(innen) und Konsument(inn)en* gefragt, wie sie sich engagieren können, um den Druck hin zu einer ziel-führenden Klimapolitik zu erhöhen. Andererseits wird dann *aus der Perspektive der dominierenden gesellschaftlichen Teilsysteme Politik, Wirtschaft und Technologie* argumentiert. Denn nur Informationen, die nach den sehr selektiven Wahrnehmungskriterien der verschiedenen Teilsysteme einer polyzentrischen Gesellschaft⁴ - in erster Linie Politik, Wirtschaft und Technologie - wahrnehmbar sind, haben Aussicht darauf, systemrelevant zu werden. Aus dieser Perspektive erschließt sich auch ein Erkennungsmerkmal von Germanwatch, nach einer Interessensanalyse zielstrebig strategische Allianzen mit daran interessierten Unternehmen, Gewerkschaften oder anderen gesellschaftlichen Gruppen einzugehen. Denn diese sind es, die die notwendigen Strukturveränderungen schließlich in die Praxis umsetzen müssen. Sie müssen die Politik machen, die Investitionen umlenken, die Arbeit leisten, die notwendigen Technologien entwickeln. Nur wenn zentrale Akteure in Politik, Wirtschaft und Technologie sich aktiv an einer Klimaschutzstrategie beteiligen, besteht die Chance auf eine gesellschaftliche Umstrukturierung, die den vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen zugute kommt. Spätestens seit dem im Jahr 2001 vorgelegten dritten Sachstandsbericht des IPCC (2001a) wissen wir, dass dies vor allem Menschen in Ländern des Südens sein werden und zwar vor allem die armen Menschen dort.

Dem gemäß orientieren sich die folgenden Überlegungen an drei Fragestellungen: Erstens: Politik von unten - Wie können Wähler(innen) und Konsument(inn)en politisch Druck machen? Zweitens: UN-Klimapolitik - Welche Rolle kann die internationale politische Rahmensetzung im "Kyoto-Prozess" spielen? Drittens: Subpolitik - Welche Rolle können strategische Allianzen bei der Weiterentwicklung der nationalen und internationalen Klimapolitik spielen?

Erstens: Politik von unten - Politischer Druck durch Bürger(innen) und Konsument(inn)en

Die beeindruckende Langsamkeit der Reaktion von Politik, Wirtschaft und Technologie auf das immer drängendere Problem des globalen Klimawandels fordert zunehmend Protest heraus. Bei den UN-Klimagipfeln in Den Haag und Bonn provozierte das langsame, sich oft in symbolischen Handlungen erschöpfende Agieren von Politik, Wirtschaft und Technologie erstmals größere Demonstrationen. Die an funktionalem Erfolg orientierte, polyzentrische Gesellschaft "greift in ihren Auswirkungen stärker in die Umwelt ein, aber sie sorgt nicht für eine gesellschaftszentrale Behandlung der Folgen" (Luhmann, 1997: 795). Der globale Klimawandel ist einer der Themenbereiche, bei dem deutlich sichtbare Proteste besonders naheliegend sind. Denn das demokratische Prinzip, dass die von Entscheidungen Betroffenen auch über diese mitentscheiden sollen, ist in eklatanter Weise verletzt. Die Betroffenen leben in erster Linie in den Entwicklungsländern, die Entscheider aber überwiegend in den Industrieländern. Ein Protest, der möglicherweise wahlrelevant erscheint, hat Aussichten, dem Thema "Klimaschutz" politisch einen deutlich größeren Stellenwert einzuräumen.

Sichtbarer Protest ist unabdingbar, um das Problembewusstsein - auch vermittelt durch die Massenmedien - zu erhalten, möglichst zu steigern und das Thema in den entscheidenden gesellschaftlichen Subsystemen auf die Tagesordnung zu setzen ('agenda setting'). Die dominierenden gesellschaftlichen Teilsysteme - Politik, Wirtschaft und Technologie - blenden systematisch die Perspektive der existentiell Betroffenen aus, solange diese Systeme autistisch nur ihren eigenen Wahrnehmungskriterien folgen - Macht oder Nicht-Macht bzw. Recht oder Unrecht im politisch-juristischen System, Haben oder Nicht-Haben im Wirtschaftssystem, Know-how oder

⁴ Es ist davon auszugehen, dass wesentliche Veränderungsimpulse für die Gesellschaft auch vom ökonomischen und technologischen, nicht nur vom politischen Teilsystem ausgehen. Jedes dieser Teilsysteme hat seine eigenen Wahrnehmungskriterien, nach denen es entscheidet, was relevant ist - die Politik kann dies der Wirtschaft und Technologie nicht einfach verordnen. In diesem Sinn muss heute jede politische Strategie diese verschiedenen Veränderungszentren - zumindest Politik, Wirtschaft und Technologie - mit ihrer je eigenen Systemrationalität berücksichtigen, also von einer polyzentrischen Gesellschaft ausgehen.

Nicht-Know-how im technologischen System. Für die Problemwahrnehmung der Menschen, deren Häuser von Stürmen weggefegt werden, die sich vor Fluten auf Bäume und Hügel retten müssen, die sich in bisher davon unberührten Regionen mit Malaria herumschlagen müssen, ist da kein Platz. Was aus Sicht der Systeme Politik, Wirtschaft und Technologie allenfalls als "unbeabsichtigte Nebenfolgen" wahrgenommen wird, drängt sich der lebensweltlichen Perspektive als Verlust von Leben und Sicherheit, als Zerstörung von Traditionen und Verdunkelung von Lebensvisionen auf⁵. Die Sensibilität oder Empathie für diese Perspektive ist die treibende Kraft der Proteste. Sie ist zugleich ein wesentlicher Gradmesser für die Zivilisiertheit einer Gesellschaft. Die Antworten von Politik, Wirtschaft und Technologie erscheinen aus dieser Perspektive oft als ein Drücken um die Themen, um die es eigentlich geht.

Als viel relevanter erscheint aus diesem Blickwinkel, dass es seit 1998 laut internationalem Roten Kreuz (International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, 1999, 20f) erstmals weltweit mehr Umwelt- als Kriegsflüchtlinge gibt. 1998 war das seit Beginn der Temperaturmessung bislang wärmste und zugleich das bislang schadensträchtigste Wetterkatastrophenjahr. Wer nach Wochen und Monaten im Milieu der UN-Klimaverhandlungen an Vorbereitungsworkshops von lebendigen Protestorganisationen teilnimmt, dem drängt sich oft der Eindruck auf, dass es die Protestierenden und nicht die Verhandlungsdelegationen sind, denen die für immer mehr Menschen so realen Probleme des globalen Klimawandels unter den Nägeln brennen: die Flut- und Dürrekatastrophen, die drohende Versalzung des Grundwassers vieler Küstenstädte durch steigenden Meeresspiegel, oder die Notwendigkeit, seit Jahrhunderten praktizierte traditionelle Landwirtschaftsmethoden wegen des Klimawandels radikal umstellen zu müssen.

Der Antrieb des Protestes liegt meist in solchen existentiellen Motiven. Seine Überzeugungskraft schöpft er, wenn er nicht von den Betroffenen selbst vorgetragen wird, vor allem aus drei Quellen. Erstens aus einem glaubwürdig erscheinenden Lebens- und Arbeitsstil, der in Einklang mit den gegenüber der Gesellschaft erhobenen Forderungen zu bringen ist. Zweitens aus der seltsam gewaltfreien Überzeugungskraft guter moralischer Argumente. Drittens aus der ebenso überzeugenden Wirkkraft wissenschaftlicher Argumente.⁶ Anders als bei einigen anderen Protestthemen kann beim globalen Klimawandel der Protest seine wissenschaftlichen Argumente aus dem etablierten Kenntnisstand der Wissenschaft ziehen.

Zwischen Wissenschaft und Politik gibt es zunehmend neue Einrichtungen, deren Bedeutung "mehr und mehr in der Beratung durch Experten" (Luhmann, 1997, 785) liegt. Das von der UNEP und der Weltmeteorologischen Organisation initiierte Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) stellt einen Quantensprung in der Etablierung solcher globalen Strukturen dar. Es ist ein in der Geschichte der Wissenschaft in diesem Umfang bislang einmaliger Versuch, einen weltweiten wissenschaftlichen Konsens zu einem äußerst komplexen Problem zu erarbeiten. Mehrere hundert Autor(inn)en aus allen Regionen der Erde behandeln im Rahmen des IPCC - konsensorientiert - umfassend und interdisziplinär die Klimaänderung als große Herausforderung dieses Jahrhunderts. Die Art und Weise, wie in der Wissenschaft Fortschritt als solcher festgestellt wird, ist im Rahmen der

⁵ Die Einäugigkeit jedes der drei gesellschaftlichen Teilsysteme Politik, Wirtschaft, Technologie bringt seine eigenen – in erster Linie auf das jeweilige System zugeschnittenen - Proteste hervor. Der Protest gegenüber dem politischen Subsystem kulminiert z.B. als Menschenrechts- bzw. Frauenrechtsprotest, der gegenüber dem ökonomischen Subsystem als sozialer Protest (oft, aber nicht immer, mit marxistischen oder religiösen Untertönen), der gegenüber dem technologischen System als Protest gegen die Gefahren von Risikotechnologien wie Kernkraft- oder – im Klimakontext – Kohlekraftwerken. Motivation des Protests ist teilweise eigene (bereits reale oder potentielle) Betroffenheit, aber überwiegend Betroffenheit über (potentielle oder bereits reale) Betroffenheit anderer. Vor allem die durch das Fernsehen oder Internet übermittelten Bilder und Texte ermöglichen einen – weit über die direkt Betroffenen hinaus – durch Mitempfindungsfähigkeit (Empathie) vermittelten existentiellen Antrieb zum Protest.

⁶ Wenn dies tatsächlich die drei wesentlichen Ressourcen der Protestbewegung und damit auch der Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind, dann – so sei hier angemerkt - wäre die Debatte um die "Legitimität" von NRO als von Interessengruppen initiierte Scheindebatte entlarvt. Es ist Ausdruck demokratischer Grundrechte, einen eigenen authentischen Lebensstil zu entwickeln, sowie zu versuchen, moralischen und wissenschaftlichen Argumenten – auch medienwirksam - Gehör zu verschaffen. Solange NRO nur *Einfluss* haben und nicht, etwa im Rahmen neokorporatistischer Verhandlungssysteme – *Entscheidungsmacht* ausüben, stellt sich in einem demokratischen Staat nicht die Frage der Legitimität. Die Entscheidung – etwa im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen – treffen ja die legitimierten Regierungsdelegationen, nicht die NRO. Und es erweitert *den sozialen Raum der Öffentlichkeit*, wenn solch komplexe Verhandlungen transparenter werden, wenn die Presse nicht nur auf die Verlautbarungen der Verhandlungsführer angewiesen ist, sondern auch die kritischen Kommentare von NRO in der Berichterstattung einfließen können. NRO wirken damit einer illegitimen Verselbständigung intransparenter Macht entgegen.

Arbeit des IPCC formalisiert⁷. Nur Artikel aus Zeitschriften, die von einem Wissenschaftlerteam überprüft sind, finden Beachtung. Auf diese Weise ist das IPCC zur weltweit höchsten Autorität in Klimafragen geworden.⁸ Im Jahr 2001 hat das IPCC seinen dritten Sachstandsbericht vorgelegt. Hierin konnten die in der Wissenschaft noch bestehenden Unsicherheiten weiter reduziert und klassifiziert⁹ werden. Bei der Lektüre wird deutlich, dass erstens viele in den Medien diskutierte Unsicherheiten auf ungenügenden Kenntnissen von Kritikern beruhen (oder aber der Absicht, den Stand des Wissens zu vertuschen). Es wird zweitens deutlich, dass es in Teilbereichen der wissenschaftlichen Theorie zum globalen Klimawandel noch Unsicherheiten gibt, die sich durch weitere Forschungen reduzieren lassen. Dadurch wird sich auch die prognostizierte Bandbreite der Temperaturentwicklung für dieses Jahrhundert - ein Plus von 1,4 bis 5,8 Grad Celsius - weiter einschränken und die regionale Verteilung der Temperaturerhöhung präziser vorhersagen lassen. Drittens aber gibt es intrinsische Ungewissheiten im Klimasystem, die sich auch durch endlose Forschung nicht mit Sicherheit vorhersagen oder ausschließen lassen. (Sie lassen sich erst mit Sicherheit "prognostizieren", nachdem sie eingetreten sind). Dazu gehören etwa die möglichen Verlagerungen und Veränderungen des Golfstroms mit ihren katastrophalen, die Lebensmöglichkeiten drastisch einschränkenden Auswirkungen. Derzeit ist vermutlich die Wahrscheinlichkeit dazu gering, sie würde aber wohl bei einem lang andauernden und hohen Anstieg der CO₂-Konzentrationen zunehmen. Wie auch den Klima-Enquete-Kommissionen des deutschen Bundestages ist es dem IPCC in erstaunlichem Maße gelungen, "sozialen Raum" (Habermas, 1994, 436) zu erzeugen, also eine gesellschaftliche Debatte loszutreten. Viele Nichtregierungsorganisationen weltweit, darunter auch Germanwatch, haben durch zahllose Vorträge, E-Mail-Diskussionen, Interviews, Newsletter, Materialien, Internet-Seiten, Aktionen sowie Kampagnen ebenfalls an der kommunikativen Erzeugung des sozialen Raums zum Thema Klima mitgestrickt.

Es ist kaum damit zu rechnen, dass Politik, Wirtschaft und Technologie ohne den Druck eines wissenschaftsbasierten Protestes sich in einer Weise transformieren, dass die schlimmsten Folgen des globalen Klimawandels noch abgewandt werden können. Denn in aller Regel programmiert sich im politischen System die Verwaltung selbst, "indem sie das Verhalten des Wählerpublikums steuert, Regierung und Gesetzgebung vorprogrammiert und die Rechtssprechung funktionalisiert" (Habermas, 1994, 622). Aber noch besteht Aussicht, dass sich in absehbarer Zeit der globale Klimawandel zu einem hochkarätigen Protestthema auswächst. Und dann erst wird sich erweisen, ob die nach systemischem Muster ablaufenden Routinen "für erneuernde Anstöße aus der Peripherie offen" (Habermas, 1994, 433) sind.

Bei wirklich nennenswertem Protest wäre es angesichts des immer eindeutigeren Standes der wissenschaftlichen Debatte schwer für Politik, Wirtschaft und Technologie, ohne Strukturveränderungen aus dem Säurebad einer funktionierenden Öffentlichkeit hervorzugehen. Werden es die großen Umwelt- und Entwicklungsverbände wagen, zehn Jahre nach Rio zu einer wirklichen Großdemonstration aufzurufen?

Die Grenzen der Wirksamkeit des Protests

Die Wirksamkeit des Protestes hat, selbst wenn er sich deutlich sichtbar ausdrückt, seine Grenzen. In paradoxer Position versucht die Protestbewegung *in* der Gesellschaft, "aus Verantwortung *für* die Gesellschaft, aber *gegen*

⁷ Zur Vorgehensweise des IPCC und zu seinem Verfahren der Berichterstellung vgl. Germanwatch (2000).

⁸ Eine unlängst erfolgte Bestätigung dieser Einschätzung lieferte eine von der Royal Society des Vereinigten Königreichs zusammen mit den führenden wissenschaftlichen Akademien aus 16 weiteren Ländern (u.a. aus Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Kanada, Malaysia und Schweden) herausgegebene gemeinsame Verlautbarung. Als Reaktion auf Stimmen aus der neuen US-Administration, (die die Herausforderung durch die Klimaänderung und die Aussagen des IPCC bezweifelten, obwohl auch die führenden US-Klimawissenschaftler daran mitwirken), stellten sie im Mai 2001 fest, dass der IPCC die beste wissenschaftliche Quelle von Expertise über die Klimaänderung sei (vgl. www.germanwatch.org/kliko/k12akad.htm).

⁹ In der "Summary for Policymakers" sind folgende Worte benutzt worden, um verschiedene Stufen der Sicherheit auszudrücken: praktisch sicher (mehr als 99 Prozent Wahrscheinlichkeit, dass der betreffende Sachverhalt zutrifft bzw. eintreten wird), sehr wahrscheinlich (90 – 99 % Wahrscheinlichkeit), wahrscheinlich (66 – 90 %), unwahrscheinlich (10 – 33 %), sehr unwahrscheinlich (1 – 10 %) und außergewöhnlich unwahrscheinlich (weniger als 1 % Wahrscheinlichkeit).

sie" (Luhmann, 1997, 853) Protest zu mobilisieren. Diese paradoxe Position wird als blinder Fleck in der Selbstbeschreibung des Protestes meist ausgeblendet¹⁰. Um sie zu erkennen, müsste der Protest sich selber beobachten.

Der Verzicht auf diese Selbstreflexion hat zwiespältige Folgen. Einerseits bleibt die ungebrochene, ansteckende Atmosphäre des Engagements, das auf der Seite der "Entrechteten" steht, oft gepaart mit einem sympathischen, sich von systemischen Abhängigkeiten teilweise freimachenden Lebensstil, erhalten. In diesem Milieu wurde schon manche Lebensstilalternative entwickelt, die später vom politischen, ökonomischen und technologischen System aufgegriffen und somit strukturbildend wurde ("In Nischen von heute lebt die Intelligenz von Morgen")¹¹. Ein Vorwurf von manchen in der Protestbewegung ist, dass sich die professionellen Nichtregierungsorganisationen zu sehr von dieser hochmotivierenden Perspektive entfernt und sich - etwa im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen - mit dem "System" (passender wäre in unserer Zeit die Formulierung "mit den Teilsystemen der Gesellschaft") eingelassen hätten¹². Andererseits handelt sich die Protestbewegung mit dem Verzicht auf Selbstreflexion auch dicke Probleme ein - nicht zuletzt, was die Umsetzungschancen ihrer Forderungen angeht. Erstens tritt sie allzu oft mit dem - leicht als Kategorienfehler zu entlarvenden - Anspruch auf, wegen der sensiblen Wahrnehmung der existentiellen, in diesem Fall durch den globalen Klimawandel verursachten Probleme zwangsläufig auch die besten Konzepte zur Abänderung der Situation zu haben. Hier wird offensichtlich Authentizität bzw. Wahrhaftigkeit (also die Übereinstimmung der persönlichen Erfahrung und Einsicht mit dem eigenen Handeln) mit moralischer Richtigkeit und wissenschaftlicher Wahrheit verwechselt. Es entsteht dann oft der von anderen als selbstgerecht wahrgenommene Eindruck, die eigene ethische oder moralische Einschätzung müsse die richtige sein, und das "angesichts bekannter Schwierigkeiten, auf die alle Ethiken beim Versuch der Begründung moralischer Urteile gestoßen sind" (Luhmann 1997: 777). Unirritierbare Besserwisserei bis hin zu grünem Fundamentalismus statt einer um Überzeugung des je anderen ringende Argumentation ist dann die Folge. Die Frage nach der Freiheits- und Demokratieförmigkeit des eigenen Vorgehens wird ausgeblendet. Zweitens: Die Sensibilität für die Perspektive von anderen, die dem eigenen Protest zugrunde liegt, wird gegenüber politischen Gegnern nicht durchgehalten. Vielleicht am gravierendsten ist - drittens - aber: in naivem Steuerungsoptimismus wird der Eindruck erweckt, man müsse die richtige Einsicht nur haben und könne diese dann - durch die unsichtbare Hand der Protestbewegung - als Alternative zu den dominierenden Systemen ein- und durchführen. Angesichts der Komplexität der Gesellschaft erscheint dies als "hoffnungslos inadäquat" (Luhmann, 1997: 875).

Durch diese Schwächen fehlt es dem - radikal daherkommenden - Protest meist an Radikalität. An Forderungen ist kein Mangel. Aber es fehlt die Strategie, wesentliche Teile der Forderungen in Realität zu übersetzen. Wider alle Erfahrung setzt man darauf, mit dem Propagieren radikaler Forderungen alleine mehr als einige Prozent der Bevölkerung individuell motivieren und damit auf lebensstil-, wirtschafts- und politikverändernde Weise gesellschaftliche Resonanz erzeugen zu können. Damit er gemäß den Wahrnehmungskriterien von Politik, Wirtschaft und Technologie wahrgenommen werden kann, bleibt der Protest auf das rahmensetzende Recht sowie in aller Regel auf Unterstützung mindestens eines Teils der Wirtschaftsakteure angewiesen. Wenn dies nicht berücksichtigt wird, dann lässt sich der aus Klimaschutzgründen in den nächsten Jahrzehnten notwendige - tatsächlich radikale - flächendeckende Umbau des Energie- und Verkehrssystems, der Gebäude- und Industrieinfrastruktur nicht initiieren - und schon gar nicht finanzieren. Damit entpuppen sich viele der radikalen Forderungen als Verbalradikalität.

¹⁰ Dies soll natürlich nicht bedeuten, dass in der Wirtschaft oder Technologie generell mehr reflektiert würde als in der Protestbewegung. Allerdings wird dort - außer in einigen neo-liberalen Theoriegebäuden - auch nicht Kompetenz für die Gesamtgesellschaft sondern für den eigenen Relevanzbereich beansprucht.

¹¹ Um nur zwei Beispiele zu nennen: der ökologische Landbau, einst als Nische alternativen Lebensstils entwickelt, hat spätestens als Reaktion auf die BSE-Krise strukturbildenden Charakter in der europäischen Landwirtschaftspolitik erlangt. Auch der Versuch, sein von den Banken, Versicherungen und Fonds anvertrautes Geld nicht im Gegensatz zu den eigenen ethischen und politischen Zielen anlegen zu lassen, befindet sich nach einer stetigen Entwicklung seit den ersten Anfängen während des Vietnamkrieges inzwischen auf dem Sprung aus der Nische hin zu strukturbildendem Charakter.

¹² Wobei übersehen wird, wie viele der Mitarbeiter(innen) von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auch aktiv ihren Lebensstil mit ihrem Engagement in Übereinstimmung zu bringen versuchen. Dabei ist allerdings die Erkenntnis recht weit verbreitet, dass es der totalitären Versuchung zu widerstehen gilt, eine bestimmte Lebensform als "gut" vorzuschreiben. Dass es vielmehr darum geht, den politischen Rahmen so zu setzen, dass sich ganz verschiedene "zukunftsfähige" Lebensformen darin entwickeln können.

Gewalt als Ausweg aus der Erfolglosigkeit des Protests?

Die Begrenztheit ihres Erfolges bleibt der Protestbewegung nicht verborgen¹³. Dies wird aber meist nicht auf unzureichende eigene Argumente und Strategie zurückgeführt. Die Komplexität der Lage führt oft zu Kurzschlüssen: Zuviel Komplexität führt häufig zu Perplexität¹⁴. Perplexität lässt ihrerseits allzu oft Gewalt als letzten Ausweg erscheinen.

Die kurzfristigen Erfolge der Gewalt-Strategie sind - was die Medienpräsenz angeht - beeindruckend. Die Logik des Medienapparates springt auf Gewalt an. Seattle, Göteborg und Genua mögen als aktuelle Stichworte des gewaltigen Medienechos auf die Taten einer kleinen Minderheit von Demonstrierenden genügen. Die "Belohnung" durch Medienpräsenz lässt einige Demonstranten und Globalisierungsgegner Gewalt bewusst mit in ihre Strategie miteinbeziehen. Sie fühlen sich durch den Medienerfolg geradezu zur Gewaltanwendung getrieben: Einer der Aktivisten berichtet: "Teilweise produzieren die Medien die Gewalt-Bilder, die sie dann beklagen. Ein Beispiel: Eine Woche lang reden wir über die Ausbeutungsmethoden von Konzernen, ohne dass die Medien berichten. Bilder gibt es erst von der kaputten McDonald's-Scheibe. Durch die Entscheidung 'Inhalt nein, kaputte Scheibe ja' greifen die Medien in unsere Strategiediskussion ein" (SZ-Magazin "jetzt", 9.7.2001). Es mag nur dem Umstand, dass das gewaltbereite Protestpotential zum parallel in Genua stattfindenden G8-Gipfel zog, geschuldet sein, dass der Bonner Klimagipfel nicht von Gewalt überschattet war.

Der Großteil der DemonstrantInnen steht verschreckt am Rande von Gewalt und Gegengewalt. Bislang setzt nur eine kleine Gruppe von Aktivisten aktiv auf eine Strategie der Gewalt. Nur relativ wenige haben den Mut, Gewalttätige aktiv zur Rede zu stellen - dann allerdings zum Teil mit erstaunlicher Wirkung auf Gewalttätige und Beobachtende. Wesentlich größer scheint die Gruppe der Menschen, die die Gewaltbereiten nicht aktiv aus der Bewegung ausgrenzen will. Den Menschen und Themen, für die sie sich vorgeblich engagieren, erweisen sie damit einen Bärendienst. Denn nicht mehr die existentiellen Konsequenzen der Dynamik der dafür blinden ökonomischen, politischen und technologischen Subsysteme, sondern die existentiellen Sorgen anderer Menschen vor der Gewalt der Globalisierungsgegner beherrscht alsbald die Debatte. Allenfalls wird noch über die Probleme von Globalisierungsgegnern in Folge einer Überreaktion der Polizei berichtet. Gewalt verdrängt die Probleme, für die man sich doch ursprünglich mit Leib und Seele eingesetzt hatte, aus der Berichterstattung¹⁵. Schlimmer aber für Bewegung: Die drei so seltsam gewaltfreien Zwang ausübenden Kraftquellen der Protestbewegung - Authentizität sowie moralische und wissenschaftliche Argumente - die allesamt auf nicht erzwingbare Überzeugung anderer angewiesen sind, werden in aller Regel durch eine Strategie der Gewalt entwertet. Wer dagegen protestiert, dass durch den globalen Klimawandel oder Finanzbewegungen Menschen existentiell geschädigt werden, verliert seine Glaubwürdigkeit in direkter Korrelation mit seiner Bereitschaft in Kauf zu nehmen, dass andere Menschen existentiell geschädigt werden. Wer im demokratischen Rechtsstaat auf Gewalt setzt, wird zum Parasiten der Unterdrückung, nicht zum Freund der Unterdrückten.

¹³ Selbst wenn es einen Erfolg gibt, wird er oft nicht als eigener Erfolg interpretiert, sondern als Erfolg der gesellschaftlichen Teilsysteme, die die Problemlage programmatisch aufgegriffen haben, ohne von ihrem Macht-, Geld- und Know-how-Streben abgelassen zu haben. Also wieder kein Grund zum Feiern. Deshalb wertet die Protestbewegung selbst ihre größten Erfolge noch als Misserfolge: Nach dem Ende von Wackersdorf hieß es: "Aus der Plutonium-Industrie wurde ja nur ausgestiegen, weil sie nicht mehr rentabel war". Und nach dem Bonner Klimagipfel im Juli 2001: "Dem Kyoto-Protokoll wurde in Bonn nur deshalb zum Durchbruch verholfen, weil sich mit dem Emissionshandel Geld verdienen lässt". So steht man mitten im (Teil-)Erfolg noch als Verlierer da. Dies hat strukturelle Gründe. Protest setzt ja nicht selbst die geforderten Änderungen um, sondern fordert dies von Politik, Wirtschaft und Technologie. Für diese ist der Protest entweder unbedeutendes Rauschen. Oder aber sie reagieren, dann aber gemäß ihres je eigenen Kodes – Macht, Profit, Know-how –, die der Protest gerade als Ursache der Missstände ausgemacht hat. In beiden Fällen steht ein so angelegter Protest als Verlierer da.

¹⁴ Für Sprachpuristen sei eingeräumt, dass es eigentlich heißen müsste: "Zuviel Kompliziertheit führt zu Perplexität". Zugunsten des Wortspiels wurde hier auf die Unterscheidung zwischen gelungener (Komplexität) und nicht gelungener bzw. nicht erkannter Verflochtenheit (Kompliziertheit) verzichtet.

¹⁵ Der G8-Gipfel in Genua war ein Beispiel dafür. Das beschämende Nicht-Ergebnis des Gipfels wurde in der Presse kaum diskutiert, umso mehr das Polizeiversagen und die Kette von Gewalt und Gegengewalt.

Ziviler Ungehorsam als Alternative zur Gewalt

Eine andere Strategie des Protestes ist der gewaltfreie zivile Ungehorsam. Dieser äußert sich, so der große liberale Theoretiker John Rawls, in "einer öffentlichen, gewaltlosen, gewissenbestimmten, aber gesetzeswidrigen Haltung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll" (Rawls, 1975: 401). Ziviler Ungehorsam in diesem Sinne wurde auch bei den Klimagipfeln in Den Haag und Bonn sichtbar, als Aktivisten die Straße besetzten und sich wegtragen ließen. Zumal nach dem 11. September 2001¹⁶ ist die Tendenz unverkennbar, dass von Seiten der Politik oft der gewaltfreie Widerstand, weil er nicht ein bleiches, eingeschüchertes, zahnloses Antlitz zeigt¹⁷, mit Gewalt in einen Topf geschmissen wird. Wie Gewalt hat auch der zivile Ungehorsam das Potential, Öffentlichkeit herzustellen. Hier tragen aber nicht andere, sondern die Akteure selbst das Risiko ihres ungesetzlichen Verhaltens. Diese Bereitschaft, mit persönlichen Risiken für seine Überzeugung einzustehen - ohne Gewalt gegen andere anzuwenden - kann sehr wohl die Glaubwürdigkeit des Protestes verstärken¹⁸. Ziviler Ungehorsam ist ein wichtiges "Element einer reifen politischen Kultur" (Habermas, 1985: 81). Das politische System kann zwar zivilen Ungehorsam nicht legalisieren¹⁹. Dies könnte zu einer unerwünschten Normalisierung führen. Die Glaubwürdigkeit des zivilen Ungehorsams hängt gerade auch daran, gewisse negative Konsequenzen für sich in Kauf zu nehmen. "Wenn jedes persönliche Risiko entfällt, wird die moralische Grundlage des regelverletzenden Protestes fragwürdig; auch dessen Appellwirkung wird entwertet" (Habermas, 1983: 42). Andererseits droht der Staat, wenn er auf zivilen Ungehorsam mit Gewalt und unangemessenen Sanktionen reagiert, in den Augen nicht nur der Betroffenen, sondern großer Teile der Bevölkerung an Legitimität zu verlieren. Ein juristisches System, das alleine darauf starrt, dass hier Recht gebrochen wird, droht mit autoritärem Gehabe zu reagieren. Ein sich selbst beobachtendes juristisches System kann hingegen sehen, dass der zivile Ungehorsam möglicherweise das Potential hat, die Interpretation von Verfassungsgrundsätzen konstruktiv zu erweitern. Aus lebensweltlicher Perspektive kann ein legalistisch-autoritäres Vorgehen gegenüber zivilem Ungehorsam - soweit dieser als glaubwürdig akzeptiert wird - in einem entwickelten demokratischen Gemeinwesen viel an Legitimität verspielen. Nach dem 11. September erscheint es nach neuen Gesetzentwürfen in den USA und Europa möglich, dass Überreaktionen des Staates gegen zivilen Ungehorsam etwa von Globalisierungsgegnern das gefährdet, was er zu schützen vorgibt. "In den USA soll der Tatbestand des Terrorismus schon erfüllt sein, wenn durch 'Einschüchterung oder Zwang das Verhalten der Regierung beeinflusst wird oder wenn gegen Maßnahmen der Regierung zurückgeschlagen wird'. Wenn dies so Gesetz wird, kann der Staat auch gegen aktivistische Tierschützer, Greenpeace oder Globalisierungsgegner vorgehen" (Prantl, 2001, 13). Ein von Anwälten aus 11 Ländern unterzeichneter europäischer Aufruf warnt, dass in Zukunft auch in der EU nicht nur Krawalle wie in Genua und Göteborg, sondern auch ziviler Widerstand und sogar die Streiks von Belegschaften unter die Anti-Terrorgesetzgebung fallen könnten (vgl. Kreye, 2001, 17). Kein Zweifel - die demokratische Reife einer Gesellschaft zeigt sich auch daran, dass sich die Zivilgesellschaft auch von drohenden Überreaktionen weder provozieren noch einschüchtern lässt

¹⁶ Betroffenen wurde nach dem 11. September 2001 mitgeteilt, dass ihre Aktivitäten während des Bonner Klimagipfels im Lichte dieser Ereignisse einer strafrechtlichen Neubewertung unterworfen würden.

¹⁷ Wie vor 15 Jahren, so scheint auch heute - nach dem 11. September sogar wieder verstärkt - noch das Modell der braven Schönwetterdemokratie die Perspektive vieler in der Politik zu bestimmen: "Als einzige Alternative zum Störer und Unruhestifter, zum kriminellen Gewalttäter erscheint der friedliche Demonstrant - ein Bürger, der aus Pflicht und Gewohnheit zur Wahlurne geht, vielleicht Versammlungen der eigenen Partei besucht und gelegentlich an einer Kundgebung, sei es zum 1. Mai oder zum 20. Juli, teilnimmt" (Habermas, 1985, 79).

¹⁸ Etwas zu formelhaft definiert Habermas: "Ziviler Ungehorsam ist ein *moralisch* begründeter Protest, dem nicht nur private Glaubensüberzeugungen oder Eigeninteressen zugrunde liegen dürfen; er ist ein *öffentlicher* Akt, der in der Regel angekündigt ist und von der Polizei in seinem Ablauf kalkuliert werden kann; er schließt die *vorsätzliche Verletzung* einzelner Rechtsnormen ein, ohne den Gehorsam gegenüber der Rechtsordnung im ganzen zu affizieren; er verlangt die Bereitschaft, für die rechtlichen *Folgen* der Normverletzung *einzustehen*; die Regelverletzung, in der sich ziviler Ungehorsam äußert, hat ausschließlich *symbolischen* Charakter - daraus ergibt sich schon die Begrenzung auf *gewaltfreie* Mittel des Protestes." (Habermas, 1985, 84).

¹⁹ Wer hier im Eifer des Protestes Unrecht wittert, der sei daran erinnert, dass es auch den zivilen Ungehorsam eines US-Gouverneurs Wallace auf den Treppen seines Palastes gab, der dafür sorgte, dass die Rassentrennung trotz gegenteiliger Entscheidung eingehalten wurde. Man möge sich auch an Chile erinnern, als "populistisch agierende Mittelschichten (...) die Hausfrauen, Töpfe schlagend, auf die Straße schickten, um den demokratisch gewählten Präsidenten Allende zu stürzen. (...) Sollte ein Bürger, der es aus einem ethischen Impuls heraus für notwendig hält, ein Gesetz zu verletzen, nicht die Strafe auf sich nehmen, statt sie güterabwägend wegzuarargumentieren?" (Glotz, 1983: 149).

Ziviler Ungehorsam ist eine der wenigen wirkungsvollen Möglichkeiten, die einer Bevölkerung bleiben, persönlicher Betroffenheit glaubwürdig Ausdruck zu verleihen, sobald sich Menschenrechtsverletzungen, soziales Elend oder unabsehbare Risiken unter dem Deckmantel der Legalität auszubreiten drohen. Die billigende Inkaufnahme des globalen Klimawandels mit daraus folgender Existenzvernichtung für viele Millionen Menschen kann als ein solches Problem verstanden werden.

Konsumentenscheid - Politik mit dem Geldschein in der Hand

Während des Vietnamkrieges entstand die Bewegung für sozial verantwortliches Investment. Menschen, die tagsüber auf den Straßen gegen den Vietnam-Krieg protestierten, wollten nicht länger hinnehmen, dass ihr den Banken, Fonds und Versicherungen anvertrautes Geld tag und nachts diesen Krieg finanzierte. Natürlich ist Konsumentensouveränität - beim vollen Wort genommen - illusionär. Aber sollte nicht ein Staat mit sozialen und ökologischen Zielbestimmungen in der Verfassung dafür sorgen, dass die Wahrscheinlichkeit steigt, dass möglichst viel Geld sozial und ökologisch verantwortliche Investitionen finanziert?

Genau an diesem Punkt haben auch eine Vielzahl von Aktivitäten von Germanwatch bzw. der Stiftung Zukunftsfähigkeit im Jahr 2001 angeknüpft. Wenn schon die Rente - so wurde dort argumentiert - teilweise in Form der "Riesterrente" privatisiert wird, dann sollte jeder Geldanleger darüber mitentscheiden können, nach welchen Kriterien sein Geld angelegt wird. Auf Anregung dieser beiden Organisationen und nach vielen Diskussionen mit allen Bundetags-Frakturen wurde eine jährliche Berichtspflicht beschlossen, nach der alle Produkte der betrieblichen oder privaten Riesterrente darüber Auskunft geben müssen, ob und - wenn ja - welche ethischen, ökologischen und sozialen Kriterien sie bei der Geldanlage berücksichtigen. Leider wird vermutlich bei der Umsetzung der privaten Riesterrente von den Unternehmen, die klar sagen, dass sie solche Kriterien nicht berücksichtigen - entgegen dem klar erkenntlichen, aber nicht ganz klar ausgedrückten Willen des Gesetzgebers - nur einmal und nicht jährlich ein entsprechender Bericht verlangt und damit der Reform einiges an Wirkung genommen. Immerhin aber hat jetzt jeder, der sich zur Riesterrente entschließt, ein Anrecht darauf, von seinem Unternehmen klaren Wein über die Kriterien eingeschenkt zu bekommen. Niemand ist mehr gezwungen, sein Geld einfach an eine Blackbox zu übergeben und in Kauf zu nehmen, dass der "eigene" Pensionsfonds möglicherweise Druck macht, den eigenen Arbeitsplatz wegzurationalisieren; kein Klimaschützer ist gezwungen, sein Geld einem Fonds oder einer Versicherung anzuvertrauen, die keine Klimakriterien bei der Geldanlage berücksichtigen.

Das Reformpflänzchen der Berichtspflicht im Rahmen der Riesterrente kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass im wirtschaftlichen Teilsystem der Gesellschaft, Transparenz und damit die Möglichkeit zum bewussten Konsum- und Anlageentscheid bislang wenig ausgeprägt ist. Weder bei der Geldanlage noch beim Einkauf ist im Regelfall klar ersichtlich, welche Strukturen ich mit meinem Geld unterstütze. Nur in Extremfällen - beispielsweise bei der Brent-Spar-Debatte um Shell vor einigen Jahren - müssen Unternehmen tatsächlich fürchten, wegen sozial und ökologisch unverantwortlichem Verhalten Legitimität und Marktanteile einzubüßen.

Allerdings sind die Möglichkeiten einer Stimmabgabe mit dem Geldschein noch längst nicht ausgeschöpft. Wer heute über eine "Ausweitung der Demokratie" diskutiert, sollte sinnvollerweise diesen Zusammenhang nicht außer acht lassen²⁰. Niemand muss sein politisches Ziel eines ernsthaften Klimaschutzes verdrängen, sobald er wirtschaftlich handelt.

Konsument(inn)en sind direkt mit dem ökonomischen System vor allem über drei Kanäle verbunden. Erstens agieren wir alle als Konsument(inn)en und können unser Geld als Stimmzettel für den biologischen Landbau, für Erneuerbare Energie-Anlagen, für effiziente Heizungsanlagen, für klima- und umweltverträglichen Verkehr usw. ausgeben und damit für den Aufbau entsprechender Kapazitäten "stimmen". Die Konsument(inn)en können in einigen Fällen selbst Einfluss dort üben, wo dies den Wähler(innen) verwehrt ist. Anders als diese können sie

²⁰ Anstatt im alten Politikverständnis gefangen zu beklagen: "Zur Ausweitung der Demokratie – einer wichtigen Richtschnur des Programms und der Praxis der neuen sozialen Bewegungen - ist es nicht gekommen" (Walk/ Brunnengräber, 2000: 207).

durch ihre "Stimmabgabe" mit dem Geldschein auch über nationale Grenzen hinweg Einfluss ausüben. Gerade multinationale Konzerne, die nah am Markt eine Marke zu verteidigen haben, sind anfällig gegenüber Kampagnen, Boykott-Aufrufen, schlechten Ratings oder Berichten in Ökotest usw.. Allerdings muss eingeräumt werden, dass die Transparenz, die Grundlage dafür ist, dass auch Unternehmen sich dem rationalitätssteigernden Säurebad der Öffentlichkeit unterwerfen müssen, meist noch unterentwickelt ist. Selbst wenn es Einschätzungen des ökologischen und sozialen Verhaltens von Unternehmen gibt, gelangen diese nicht an die meisten Konsument(inn)en.

Zweitens legen viele von uns auch Geld an - längst nicht nur im Rahmen der Riesterrete. Bei der Geldanlage gibt es inzwischen eine Vielfalt an ethischen, ökologischen und sozialen Anlagemöglichkeiten. Die erste Generation von derartigen in Deutschland angebotenen Fonds waren im wesentlichen Umwelt-Branchenfonds. Gearbeitet wurde vor allem mit Ausschlusskriterien. Meist musste eine schlechtere Rendite als im Durchschnitt der Anlagen hingenommen werden. Seit einigen Jahren setzen sich immer mehr nach dem "best in class"-Ansatz zusammengestellte Fonds durch. Diese schließen meist nur wenige Branchen aus - etwa Rüstung, Atomkraft, Gentechnik - suchen sonst aber in jeder der Branchen den oder die Spitzenreiter, was soziale und ökologische Nachhaltigkeit angeht. Dadurch soll in diesen Branchen ein "Wettkampf nach oben" ausgelöst werden. Wenn man die Bemühungen der Deutschen und Britischen Telekom beobachtet, bei diesem Wettkampf - etwa bei der Bewertung des Dow Jones Sustainability Index - die Nase vorn zu haben, dann scheint dies zumindest gelegentlich zu gelingen. Bei der Rendite können diese Fonds mit anderen Fonds normalerweise gut mithalten.

In Großbritannien hat sich auch der Ansatz der "konstruktiven Beeinflussung" breit durchgesetzt. Dabei wird nur nach Renditegesichtspunkten angelegt, aber das Fondsmanagement verpflichtet sich, bei bestimmten ökologischen und sozialen Fragestellungen positiven Druck - manchmal bis hin zum Stimmverhalten - zu machen.

Insgesamt gibt es jedenfalls kaum noch einen Grund, sein Geld einem Fonds anzuvertrauen, der keine der genannten Kriterien berücksichtigt. Die Geldanleger sollten für einen intensiven Wettbewerb zwischen diesen verschiedenen Ansätzen sorgen. Der souveräne Konsument bzw. Geldanleger kann gegenüber jedem Unternehmen dreifach reagieren: mit dem Geldschein abstimmen, protestieren oder abwandern²¹.

Allerdings gilt es auch, nicht naiv und ohne Einschränkung von "Demokratie" im ökonomischen System zu reden. Einer der zentralen Grundsätze der Demokratie - one man, one vote - ist im marktwirtschaftlichen System gerade nicht gegeben. Je größer die Kluft zwischen Arm und Reich ist, desto mehr sind alle Analogien mit dem politischen System mit Vorsicht zu genießen. Über das politische System läuft nach wie vor die Erstlegitimation einer Gesellschaftsordnung. Funktional drückt sich dies - wie gesagt - darin aus, dass der Politik auch für die anderen Systeme eine Rahmensetzungskompetenz sowie eine Ausfallgarantie für deren Steuerungsleistungen zukommt.

Drittens können viele von uns auch als Arbeitende unsere lebensweltlichen Erfahrungen und ethischen Ziele in ökonomische Logik übersetzen. Das gemeinhin als zentral eingestufte Kampfmittel der Arbeitnehmer ist der Streik. Der Arbeitskampf im Rahmen einer gewerkschaftlichen Tarifrunde ist heute in der Rechtsordnung integriert. Allerdings haben die Gewerkschaften, indem weltweit der Wettbewerb zwischen kapitalistischem und sozialistischem System durch den Standortwettbewerb im Rahmen eines fast weltweiten kapitalistischen Systems deutlich an strategischer Stärke eingebüßt. Mit dem Wegfall des Systemwettbewerbs kann die Gewerkschaft brüskiert werden, ohne Tendenzen hin zu einem sozialistischen System Vorschub zu leisten. Durch den Standortwettbewerb verringert sich zudem das Interesse von Unternehmen, dem Druck von Gewerkschaften nachzugeben. Es ist allerdings ohnehin nicht zu erwarten, dass die Gewerkschaften einen politischen Streik - oder gar einen Generalstreik - ausrufen, um eine stringenteren Klimaschutzpolitik durchzusetzen. Aber es gibt viele legale und weniger spektakuläre Handlungsmöglichkeiten von Arbeitnehmern.

²¹ Vgl. etwa Deml/ Weber, 1999; Schneeweiss, 1998;

Es ist durchaus davon auszugehen, dass gerade die umworbenen Arbeitnehmer sich ihren Arbeitsplatz auswählen können. Warum sollte ein auf dem Arbeitsmarkt umworbener Experte bei Exxon oder anderen klimapolitischen Schmuddelkindern arbeiten, sich dem Tribunal der eigenen Kinder und einer kritischen Öffentlichkeit stellen, statt sich einen ebenso gut bezahlten Arbeitsplatz bei einem Unternehmen mit besserem Image zu suchen?

Warum kann die Frage, ob das Unternehmen ein klimapolitisches Risikomanagement hat, nicht zu einem Thema einer ein- bis zweitägigen Betriebsversammlung werden, bei der der Arbeitgeber zur Lohnfortzahlung verpflichtet ist?

Auch den bereits in Ansätzen genutzten Möglichkeiten der ökologischen Gestaltung der Tarifverträge wurde bislang viel zu wenig Beachtung geschenkt.

Wenn Gewerkschaften sich auch für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen stark machen, dann sollten sie ein genuines Interesse daran haben, dass ein wachsender Teil der Belastung des Produktionsfaktors Arbeit auf den Produktionsfaktor Umwelt umgeschichtet wird. Nicht umsonst unterstützt der DGB seit Jahren die ökologische Steuerreform.

Zusätzliche Wege - jenseits von Ohnmacht und Zynismus

Nichtregierungsorganisationen wie Germanwatch ziehen über die notwendigen Ansätze von Protest und Konsumentenentscheidungen hinaus eine weitere Konsequenz aus dem notwendigerweise begrenzten Erfolg des direkten Protestes - in diesem Fall gegen eine unverantwortliche Klimapolitik. Sie suchen auch nach Antworten auf folgende Fragen: Kann die systematisch erzeugte Blindheit der miteinander rückgekoppelten gesellschaftlichen Teilsysteme Politik, Wirtschaft und Technologie für klimabedingte Existenzgefährdungen für viele Millionen von Menschen wenigstens partiell überwunden werden? Besteht die Chance, dass sich Politik, Wirtschaft und Technologie zu einer klimaverträglichen Selbstveränderung anregen lassen? Wie lassen sich die immer deutlicheren Signale eines globalen Klimawandels übersetzen, sodass sie auch nach den Auswahlkriterien der gesellschaftlichen Subsysteme Politik, Wirtschaft und Technologie als relevante Informationen wahrgenommen werden? Welche Rolle können strategische Allianzen spielen?

Wer einen Politikansatz, der solche Fragen ernst nimmt, auf den Nenner "weg vom radikalen Protest und hin zur pragmatischen Politik" (Walk / Brunnengräber, 2000, 206) bringt, verkennt dessen Pointe. Es geht darum, die klimapolitisch notwendigen radikalen Ziele nicht nur zu fordern, sondern die Wahrscheinlichkeit ihrer Umsetzung zu steigern. Wir stehen vor der altbekannten Aufgabe: den Protest vom Kopf (und Kehlkopf) auf die Beine zu stellen. "Der publizistische, durch öffentliche Überzeugungen gestützte politische *Einfluss* setzt sich (...) in politische *Macht* - in ein Potential, bindende Entscheidungen zu treffen - erst um, wenn er sich auf die Überzeugungen von *autorisierten* Mitgliedern des politischen Systems auswirkt und das Verhalten von Wählern, Parlamentariern, Beamten usw. bestimmt" (Habermas, 1994, 439).

Zweitens: UN-Klimapolitik - Die Rolle der internationalen politischen Rahmensetzung durch den Kyoto-Prozess

Die vielfach rückgekoppelten, dominanten Systeme der Weltgesellschaft - Politik, Wirtschaft, Technologie - hat Helmar Krupp als "Schumpeterdynamik" (Krupp, 1996) bezeichnet²². Spätestens nachdem nicht nur das Desaster

²² Dass Krupp von ‚Technik‘ statt von ‚Technologie‘ spricht, braucht in unserem Zusammenhang nicht weiter zu irritieren. Dass er die Konsumwelt als eigenes System fasst, ist zwar wegen ihrer Bedeutung verständlich. In den hier vorliegenden Überlegungen sind sie jedoch – analog zur demokratischen Wahl im politischen System – als Schnittstelle des ökonomischen Systems zur Lebenswelt konzipiert (etwa Krupp, 1996). Dies nimmt der Gesamtdarstellung Krupps nichts von ihrem Charme. Allerdings schwingt bei ihm – ebenso wie bei Niklas Luhmann – eine gehörige Portion Fatalismus mit. Mir scheint es eher ratsam, die Gestaltungsmöglichkeiten herauszuarbeiten, die sich aus einer systemtheoretischen Beschreibung ergeben. Allerdings versuche ich die systemtheoretische Perspektive mit einer lebensweltlichen

des Nationalsozialismus, sondern auch das Scheitern der beiden weiteren Großexperimente gesellschaftlicher Steuerung der Moderne - des Realsozialismus und der 'großen Theorie' (Menzel, 1992) der Entwicklungspolitik²³ - offenkundig ist, sollten allzu schlichte Modelle der Steuerung von Nationen oder gar der Weltgesellschaft ad acta gelegt worden sein. Man sollte der Versuchung widerstehen, bei von der Geschichte bereits widerlegten Konzepten Hoffnung zu tanken, ohne klar zu sehen, woran diese gescheitert sind. Ebenso verfehlt wäre es, angesichts der global und regional sich vertiefenden Kluft zwischen arm und reich sowie sich zuspitzenden ökologischen Krisen, die Hände in den Schoß eines - etwa systemtheoretisch angeleiteten - Fatalismus zu legen; oder von der Leistungsfähigkeit von Politik, Wirtschaft und Technologie - beurteilt nach Kriterien ihrer je eindimensionalen Rationalität - auf die mittelfristige Überlebensfähigkeit und Nachhaltigkeit ("Sustainability") der Gesellschaft zu schließen²⁴. Die Zukunft ist offen. Es gibt eine verwirrende Vielfalt von möglichen Zukünften. Aber "dass wir die Zukunft nicht voraussagen können, ist nicht so schrecklich wichtig. Wichtiger ist, dass wir sie *gestalten* können." (Hammond, 1999: 296). Menschliche Weichenstellungen werden an bestimmten Verzweigungspunkten maßgeblich über die Zukunft entscheiden. Nicht etwa, dass wir die Zukunft steuern könnten, das ist viel zu sehr in mechanistischen Kategorien gedacht. Aber wir können durch eine intelligente Politik durchaus die Wahrscheinlichkeit für eine Drift der Gesellschaft in die eine oder andere Richtung beeinflussen. Allen Hammond unterscheidet in diesem Sinne drei Szenarien: das der auf weltweite ökonomische Dynamik vertrauenden Marktwelt - die implizit den Wertungen der Leitkommentare von Wall Street Journal und Economist zugrunde liegt; das der Festungswelt, das den Globalisierungsgegnern als Schreckensszenario dient; und das der Reformwelt, die von einem grundlegenden gesellschaftlichen sowie politischen, möglicherweise sogar kulturellen Wandel ausgeht und in der zukunftsfähige politische Entscheidungen die Marktkräfte lenken und ergänzen (Hammond, 1999: 36ff).

Politik, Wirtschaft und Technologie nehmen die Wirklichkeit sehr selektiv nach je eigenen Wahrnehmungskriterien wahr. Diese von außen als Zynismus erscheinende Einäugigkeit der verschiedenen Systemperspektiven ist kein Zufall. Die sich ihre Evolution selbstorganisierenden ("autopoietischen") und wechselseitig rückgekoppelten dominanten Teilsysteme der Weltgesellschaft Politik, Wirtschaft und Technologie mussten sich - als Basis ihrer Selbstorganisation und damit ihrer Systemeffizienz - gegenüber vielen Einflüssen der jeweiligen Umwelt²⁵ die Wahrnehmungsfähigkeit abgewöhnen. Die zur Schumpeterdynamik rückgekoppelten Systeme schlagen seit der Zeit "der großen Transformation" (Polany, 1995) im 19. Jahrhundert eine Schneise der "schöpferischen Zerstörung" (Schumpeter) durch ihre Umwelt, sie feiern die schöpferischen Großtaten und sind zugleich weitgehend blind für die existentiellen Folgen der von ihnen ausgehenden Zerstörungen. Diese systematisch antrainierte Blindheit wird jedoch spätestens zum Problem, wenn unvorhergesehene Problemlagen auftreten, die dann nicht angemessen auf dem Bildschirm der zentralen gesellschaftlichen Systeme Politik, Wirtschaft und Technologie wahrgenommen werden; selbst dann nicht, wenn sie das Potenzial haben, mit Zeitverzögerung in die entsprechenden Systeme zurückzuschlagen. Vieles spricht dafür, dass der globale Klimawandel ein solches Problem ist.

Einperspektivisch angelegte Systeme können in solchen Situationen - nach eigenen Kriterien bis zum Ende erfolgreich - sehr effizient das eigene Grab schaufeln.

Perspektive gegenzukreuzen, deren Potential niemand theoretisch besser erhellt hat als Jürgen Habermas, der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 2001. Ziel einer doppelerspektivischen Darstellung ist es, die jeweils blinden Flecken der je anderen Perspektive – System und Lebenswelt – wechselseitig auszuleuchten und damit insgesamt die Tiefenschärfe der Darstellung zu erhöhen.

²³ "Noch Ende der siebziger Jahre schien alles klar. Zwar säuberlich nach Lehrmeinungen getrennt, war doch jede Schule davon überzeugt, dass das von ihr vertretene Paradigma die Erklärung für die Probleme der ‚Dritten Welt‘ liefere und die zu verfolgende Strategie benennen könne, um diese Probleme zu lösen. Die Situation hat sich gründlich geändert und bedarf, seit mit dem Ende der ‚Zweiten Welt‘ auch der Begriff ‚Dritte Welt‘ seines ursprünglichen Sinns entleert worden ist, einer grundsätzlichen Revision" (Menzel, 1992: 15).

²⁴ Was die Politik, Wirtschaft und Technologie nicht sehen, solange sie die Wirklichkeit nur nach ihren je spezifischen Wahrnehmungskriterien – Macht, Profit und Know-How – wahrnehmen: Die Einheit des Überlebens besteht nicht aus einem ökonomischen oder technologischen System, sondern aus (sozialer und ökologischer) Umwelt plus jeweiligem System (ähnlich argumentiert Bateson, 1990, 620). Wir lernen durch bittere Erfahrungen, dass ein gesellschaftliches System, dessen Auswahlkriterien die von ihm selbst angestoßenen Zerstörungen der sozialen und ökologischen Umwelt systematisch ausblendet, die Selbstzerstörung in Kauf nimmt; dass kurzfristige Erfolge keineswegs langfristig das Überleben sichern. Ein nach eigenen Kriterien erfolgreiches Gesellschaftssystem kann sich auch – äußerst effizient – das eigene Grab schaufeln.

²⁵ "Umwelt" in diesem Sinne sind die jeweils anderen Subsysteme und soziale sowie ökologische Lebenswelt mit ihren Individuen

Wird nun eine unverantwortliche Klimapolitik für Regierungen zu einem politischen Misserfolg?

Auf staatlicher Ebene ist die strukturelle Kopplung zwischen Politik und Recht durch die Verfassung geregelt. Sie soll sicherstellen, "dass rechtswidriges Handeln politisch zum Misserfolg wird" (Luhmann, 1997, 782). In diesem Sinn kann das juristische System als eine zweite Codierung des politischen Systems verstanden werden. Politisches Handeln kann sich nicht nur an Macht orientieren, es muss im Rechtsstaat zusätzlich durch den Filter der Rechtmäßigkeit hindurch. Wenn politisches Handeln durch das Verfassungsgericht als unrechtmäßig zurückgewiesen wird, wird es in doppelter Hinsicht zum Misserfolg. Erstens kann das beabsichtigte Gesetz o.ä. nicht umgesetzt werden. Zweitens stehen die Initiatoren gegenüber ihren potentiellen Wählern als Verlierer da.

Der von den Vereinten Nationen (UNO) gestartete internationale Klimaschutzprozess verfolgt für die Klimapolitik dasselbe Ziel. Eine Missachtung der Klimaschutzziele soll so für die Regierungen der Nationalstaaten zum Misserfolg werden.

Durch die 1992 in Rio unterzeichnete Klimarahmenkonvention näherte man sich diesem Ziel nur einen kleinen Schritt. Obwohl viele Industriestaaten nicht - wie in der Konvention vorgesehen - bis zum Jahr 2000 ihr Emissionsniveau wieder auf oder unter das Niveau von 1990 gesenkt haben, blieb dies politisch folgenlos. Die rechtlich unverbindliche Rahmenrichtlinie konnte nicht die notwendige strukturelle Kopplung zwischen Recht und Politik herstellen. Mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls würde die Wahrscheinlichkeit jedoch stark steigen, dass die Nichterfüllung der Klimaschutzziele durch die in diesem Fall eintretenden Hilfestellungen und Sanktionen für die entsprechenden Staaten (bzw. deren Regierungen) politisch tatsächlich zum Misserfolg wird: durch die Verbindung von öffentlicher Bloßstellung, der Verpflichtung zur Widergutmachung des Klimaschadens (plus eines 30prozentigen Strafzuschlags) und der Vorlage eines entsprechenden Aktionsplans. Auf dem ersten Klimagipfel nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls sollen die Sanktionen auch noch den Status "rechtlich verbindlich" erhalten - ob dies gelingen kann, ist unsicher. Damit ist durch das Bonner Abkommen (2001) die Wahrscheinlichkeit gestiegen, tatsächlich die angestrebte strukturelle Kopplung zwischen Recht und Politik zu etablieren. Dies wäre ein wichtiger Meilenstein für den Umbau der Systemarchitektur.

Kann das Wirtschaftssystem die Klima-Signale der Umwelt wahrnehmen?

Die Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre hat seit 1750 um 31 Prozent zugenommen. Die gegenwärtige CO₂-Konzentration wurde in den letzten 420.000 Jahren nicht überschritten und wahrscheinlich auch nicht während der letzten 20 Millionen Jahre. Die gegenwärtige Zunahmerate ist in den letzten 20.000 Jahren ohne Beispiel. Etwa Dreiviertel der menschenverursachten CO₂-Emissionen der letzten 20 Jahre sind auf die Nutzung fossiler Energieträger zurückzuführen. Änderungen der Landnutzung, insbesondere Entwaldung sind für den Rest der CO₂-Emissionen verantwortlich.

Die weltweite durchschnittliche Oberflächentemperatur ist im 20. Jahrhundert um etwa 0,6 Grad Celsius gestiegen. Wegen der relativ hohen Temperaturen der letzten Jahre des 20. Jahrhunderts (1995-2000) liegt diese Zahl im 2001 vorgelegten dritten Sachstandsbericht des IPCC um etwa 0,15 Grad höher, als fünf Jahre vorher im zweiten Sachstandsbericht angegeben worden war. Weltweit dürften die 1990er Jahre das wärmste Jahrzehnt und 1998 das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturmessung im Jahr 1861 sein. Neue Analysen für die nördliche Erdhalbkugel deuten darüber hinaus darauf hin, dass der Temperaturanstieg im 20. Jahrhundert wahrscheinlich der größte eines Jahrhunderts in den letzten 1000 Jahren war.

Im Durchschnitt stiegen die täglichen Minimumtemperaturen in der Nacht über der Landmasse zwischen 1950 und 1993 um etwa 0,2 Grad pro Jahrzehnt. Diese Rate ist etwa doppelt so hoch wie der Anstieg der Maximaltemperaturen am Tage. Der Anstieg der Oberflächentemperatur über dem Meer war in diesem Zeitraum etwa halb so groß wie derjenige der durchschnittlichen Oberflächentemperatur über der Landmasse.

Satellitendaten zeigen, dass sehr wahrscheinlich eine Abnahme der Schneebedeckung von etwa 10 Prozent seit den späten 1960er Jahren stattfand. Bodengestützte Beobachtungen zeigen, dass die jährliche Dauer der Eisbedeckung der Seen und Flüsse in mittleren und hohen Breiten der nördlichen Hemisphäre während des 20. Jahrhunderts sehr wahrscheinlich um etwa zwei Wochen abnahm. In nicht-polaren Regionen fand während des 20. Jahrhunderts ein weitverbreiteter Rückzug von Gebirgsgletschern statt.

Der globale durchschnittliche Meeresspiegel ist angestiegen und die Wärme des Ozeans hat zugenommen. Messungen der Tidenhöhe zeigen, dass die durchschnittliche weltweite Meeresspiegelhöhe zwischen 0,1 und 0,2 m während des 20. Jahrhunderts anstieg.

Die Häufigkeit von heftigen Regenfällen, die oft für katastrophale Überflutungen verantwortlich sind, haben in mittleren und hohen Breiten der nördlichen Erdhalbkugel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wahrscheinlich um 2 bis 4 Prozent zugenommen.²⁶

Kein Zweifel, die Umwelt sendet immer mehr Signale, dass der globale Klimawandel in Gang gekommen ist. Aber es wäre ein "naturalistisches Missverständnis", würde man davon ausgehen, dass die Ernsthaftigkeit der ökologischen Signale direkt mit Ernsthaftigkeit der Reaktion der politischen, ökonomischen und technologischen Subsysteme der Weltgesellschaft korrelieren würde. Dieses naturalistische Missverständnis liegt Verelendungstheorien verschiedener Spielarten zugrunde, wenn sie eine - wie auch immer geartete - zwangsläufige gesellschaftliche Reaktion, sei es eine Revolution oder eine ganz bestimmte Reform des Systems, als Konsequenz auf Krisenerscheinungen unterstellen. Auch die ökologische Spielart des Missverständnisses - "wenn erst einmal die Katastrophen groß genug sind, werden Politik, Wirtschaft und Technologie angemessen reagieren" - ist häufig anzutreffen. Die Möglichkeit einer adäquaten Reaktion auf Katastrophen soll nicht geleugnet werden. Aber dies ist jedenfalls nicht zwangsläufig, vermutlich nicht einmal wahrscheinlich. Es ist durchaus denkbar, dass einige Kulturen die Häufung der Katastrophen - alttestamentarisch - als Strafe Gottes für Sünden interpretieren und deshalb mit einer Verstärkung fundamentalistischer Tendenzen oder anderer Formen der Realitätsleugnung reagieren. Es kann auch sein, dass es geostrategische Interessen gibt, Destabilisierungen bestimmter Regionen zuzulassen, um dort eigene Interessen durchzusetzen. Gut möglich, dass angesichts der Katastrophen sich das Argumentationsmuster durchsetzt: "Wir müssen uns jetzt auf Katastrophenhilfe konzentrieren, da haben wir nicht auch noch das Geld für Klimaschutz." Es ist zudem denkbar, dass "die Globalisierung" für die Zunahme der Katastrophen verantwortlich gemacht wird, was nationalistischen Tendenzen und Eingriffen in das Wirtschaftssystem Vorschub leisten könnte, die sich zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft mit katastrophalen Folgen auswachsen könnte. Die Zukunft ist offen. In diesem Sinn spricht Ulrich Beck geradezu von einem "*Gesetz der Unabhängigkeit von Zerstörung und Protest*" (Beck, Ulrich, 1988, 76).

Auch beim Problem des Klimawandels ist es offensichtlich, dass die *kulturelle Wahrnehmungsbereitschaft* darüber entscheiden wird, ob eine stark steigende Zahl bzw. Heftigkeit von Wetterkatastrophen, ob die Aussagen von mit Unsicherheiten behafteten Zukunftsszenarien tatsächlich zu einer ernsthaften Klimaschutzpolitik führen werden²⁷. Gerade in den USA zeichnet sich ein Trend ab, dass die Warnungen der Wissenschaft in den Wind geschlagen werden, ersetzt durch Glaubenssätze nach dem Motto "Wir glauben nicht, dass es so schlimm werden wird".

In der Klimadebatte ist es eine der wesentlichen Rollen der Zivilgesellschaft, und damit gerade auch der Nichtregierungsorganisationen, die kulturelle Wahrnehmungsbereitschaft zu prägen. Germanwatch will "Probleme nicht nur wahrnehmen und *einflussreich* thematisieren, mit Beiträgen ausstatten und so dramatisieren, dass sie vom parlamentarischen Komplex übernommen und bearbeitet werden. Zur Signalfunktion muss eine wirksame

²⁶ Diese Aussagen wurden dem dritten Sachstandsbericht des IPCC (IPCC, 2001b) entnommen und spiegeln somit den heutigen Stand der weltweiten Klimawissenschaft in der besten verfügbaren Form wider.

²⁷ Eine Schwierigkeit dabei ist, dass definitionsgemäß niemals *eine einzelne* Wetterkatastrophe auf die globale Klimaänderung zurückgeführt werden kann, denn Klima ist Wetter über zumindest dreißig Jahre gemittelt. Festzustellen ist nur: "Diese Katastrophe passt gut in das erwartete Muster der Veränderungen durch den globalen Klimawandel hinein". Statistisch, aber nie im Einzelfall, kann der Nachweis eines Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Wetterextremen geführt werden.

Problematisierung hinzukommen. Die beschränkte Kapazität zur *eigenen* Problemverarbeitung muss darüber hinaus für eine Kontrolle der weiteren Problembehandlung innerhalb des politischen Systems genutzt werden" (Habermas, 1994: 435). Agenda-Setting und kritische Begleitung der politischen Beschlüsse sowie von deren Umsetzung heißt das für Nichtregierungsorganisationen. Die Kampagne "Rio Konkret", die Germanwatch seit nunmehr fast zehn Jahren betreibt, hat versucht, sich an diesen Kriterien zu orientieren.

In diesem Sinn drängen viele Nichtregierungsorganisationen auf die verbindliche Festlegung eines Langfrist-Klimazieles. Theoretisch hat die Klimarahmenkonvention im Artikel 2 eine klare Grenze gezogen, wann Signale der Natur stark genug sind, um für die Politik handlungsrelevant zu werden: Die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre sollen auf einem Niveau stabilisiert werden, das eine "gefährliche" Bedrohung für Mensch und Natur ausschließt. Bislang gleicht diese Formulierung aber einem Papiertiger. Da die Politik sich gescheut hat zu definieren, was als "ungefährlich" akzeptiert wird und was "gefährlich" ist, hatte der Artikel bisher kaum praktische Auswirkungen.

Erst kürzlich hat eine Gruppe internationaler IPCC-Autoren den Versuch gewagt, den Stand des Wissens darzulegen, wie viele Menschenleben bei welchem Niveau an Treibhausgaskonzentrationen bis 2080 riskiert werden. Die wachsenden Risiken ergeben sich aus der Kombination einer wachsenden und verwundbarer angesiedelten Bevölkerung im Jahr 2080 einerseits und der erwarteten Temperaturzunahme sowie den daraus folgenden Veränderungen des Niederschlags und dem Meeresspiegelanstieg andererseits.

- Eine Begrenzung der CO₂-Konzentrationen auf 750 parts per million (ppmv) würde gegenüber dem Szenario, das den derzeitigen Trend fortsetzt, die durch Hunger und Überschwemmungen gefährdeten Menschen um die Hälfte, die durch Malaria bedrohte Bevölkerung um vielleicht ein Drittel und die von Wasserknappheit Bedrohten um ein Viertel vermindern. Trotzdem würden bis 2080 einige hundert Millionen Menschenleben riskiert werden.
- Um statt dessen nur einige zehn Millionen Menschenleben auf's Spiel zu setzen, bedarf es hingegen einer Stabilisierung bei 550 ppmv. Dies würde bedeuten, mittelfristig etwa 20 mal mehr Treibhausgasemissionen zu reduzieren, als vom Kyoto-Protokoll verlangt.
- Noch keine genauen Auswirkungsanalysen liegen für das Stabilisierungsniveau von 450 ppmv vor. Die Autoren gehen aber davon aus, "dass beim 450-ppmv-Ziel eine sehr große Verminderung der Millionen riskierter Menschenleben erreicht würde, wobei allerdings sehr hohe Emissionsverminderungskosten aufträten." (Parry et. al, 2001).

Damit wird die Aufgabe klarer: Die Politik hat zu entscheiden, ob Millionen, einige Zehnmillionen oder einige Hundertmillionen Menschenleben riskiert werden sollen; und welchen Preis sie bereit ist für die Verminderung der Risiken zu zahlen. Eine Politik des "weiter so" macht das Leben von Hunderten von Millionen von Menschen zum Bestandteil einer zynischen Wette. Durch solche "systemisch normalisierten Lebensgefährdungen" verkürzt sich die "Verfallszeit politischer Legitimität rapide" (Beck, 1993, 87). Doch noch hat die Politik es weltweit nicht gewagt, eine Entscheidung zu treffen, welches Risiko sie der Menschheit zumuten will. Je länger sie wartet, umso mehr grenzen sich die Reaktionsmöglichkeiten ein, umso teurer werden diese.

Hier liegt aus Sicht von Germanwatch eine der wesentlichen Aufgaben des UN-Klimaverhandlungsmarathons in den nächsten Jahren. Die Politik muss das "Signal der Natur" interpretieren und daraus ein Handlungsziel ableiten, für sich selbst und für das ökonomische und technologische System, inwieweit der Treibhausgas-Ausstoß reduziert werden soll. Die EU hat 1996 klargestellt, dass für sie nur ein atmosphärischer CO₂-Konzentrationswert unter 550 ppmv akzeptabel wäre. Aus Sicht von Germanwatch sollte auf Grund des Vorsorgeprinzips der Höchstwert unter 450 ppmv liegen²⁸. In jedem Fall müsste ein solches Ziel regelmäßig evaluiert werden.

²⁸ Ein ähnlich ehrgeiziges Ziel peilt der deutsche Nachhaltigkeitsrat an. Dieser strebt eine Stabilisierung "der Treibhausgase in der Atmosphäre auf ein klimaverträgliches Niveau von etwa 500 ppmv CO₂-Äquivalent" (Der Rat für Nachhaltige Entwicklung, 2001: S. 16) an. Da

Je verbindlicher eine solche politische Zielsetzung erfolgt, desto deutlicher wird sie im ökonomischen System und in der Folge dann auch im technologischen System wahrgenommen - aber eben nach den jeweiligen Wahrnehmungsrastern Profit/Nicht-Profit bzw. Know-how / Nicht Know-how: Ein ehrgeiziges Langfrist-Reduktionsziel würde einerseits den Anreiz geben, Investitionen verstärkt in eine klimaverträgliche Richtung zu lenken und damit auch die Technologieentwicklung beschleunigen. Andererseits würde es - vor allem wenn man zu lange wartet und sich diese Schwerpunktverschiebung nicht mehr mit der Systemzeit der ökonomischen Investitionszyklen harmonisieren lässt, zu heftigen Protesten von Teilen der Wirtschaftsakteure führen. Eine Politik, die jetzt die Weichen entschieden in Richtung Erneuerbarer Energieträger und Energieeffizienz stellt, schafft sich auch die notwendige Lobby, um den Konflikt um ein ehrgeiziges Klimaziel bestehen zu können.

Der Emissionshandel - ein Versuch, Klimaziele für das Wirtschaftssystem relevant zu machen

Nicht nur das Klimasystem, auch jedes der komplexen Gesellschaftssysteme Politik, Wirtschaft und Technologie hat seine "Eigenzeit" bzw. "Systemzeit". Bei der Durchsetzung einer anspruchsvollen Klimapolitik ist es für die Politik ratsam, die Zeitstrukturen des ökonomischen Systems zu beachten. Klimafreundliche Investitionen sind weitmöglichst an einen (beschleunigten) Innovationszyklus anzugliedern. So lassen sich die Kosten und Arbeitsplatzverluste minimieren und der Widerspruch der Wirtschaftsakteure - also von Unternehmen und Gewerkschaften - eingrenzen. Wenn Kohlekraftwerke aufgrund staatlicher Emissionsbegrenzungspolitik stillgelegt werden müssen, bevor sie abgeschrieben sind, drohen Proteste von Unternehmen und Gewerkschaften. Falls Vorschriften für die Wärmedämmung von Gebäuden nicht an den Renovierungszyklus gekoppelt werden, steigen die Kosten stark und die Proteste der Hausbesitzer dementsprechend. Dies nicht zu berücksichtigen wäre doppelt unklug. Zum einen versetzt es der eigenen Glaubwürdigkeit einen Stoß. Denn man fordert Sensibilität für die vom Klimawandel Betroffenen ein, zeigt jedoch keine Rücksichtnahme auf die von der Klimapolitik Betroffenen. Mag man dies noch damit rechtfertigen, dass es im einen Fall um Menschenleben, im anderen "nur" um Arbeitsplätze gehe, so stellt man sich zumindest strategisch ein Bein. Ohne Berücksichtigung der Zeitstrukturen des Wirtschaftssystems wird man auf wesentlich mehr Gegendruck stoßen.

Eine Politik, die sowohl dem Zeitdruck, Treibhausgase ehrgeizig zu reduzieren, gerecht wird und zugleich die Zeitstrukturen des ökonomischen Systems berücksichtigt, wird als "Sanfte Landung" (*safe landing*) für Klima und Wirtschaft bezeichnet. Der Emissionshandel zwischen Unternehmen im Sinne eines "Klimaziel und Handel-" (*cap and trade*-) Ansatzes harmoniert sehr gut mit einer solchen Politik. Einerseits basiert er auf von der Politik gesetzten absoluten Reduktionszielen. Andererseits gewährt er den Unternehmen die größtmögliche Flexibilität, die notwendigen ehrgeizigen Klimaschutzziele bei möglichst geringen Kosten und angepasst an je eigene Investitionszyklen durchzuführen. Allerdings braucht die Politik trotzdem den Mut, die notwendigen Reduktionsziele zu setzen und damit dem Steuerungspotential des ökonomischen Systems notwendigen Anreiz und Richtung zu geben.

Eine grundlegende Unterscheidung ist dabei wichtig. Das Kyoto-Protokoll regelt den Emissionshandel zwischen Staaten. Wer sein Reduktionsziel übererfüllt, kann die eingesparten Emissionsmengen entweder für künftige Verpflichtungsperioden²⁹ sparen ('banking') oder aber an andere Staaten verkaufen, die ihr Ziel nicht erreichen. Das bislang unbegrenzte Recht auf Verschmutzung der Atmosphäre wird somit eingeschränkt. Es werden zeitlich begrenzte und mengenmäßig periodisch immer stärker reduzierte Erlaubnisse (*allowances*) für den Emissionsausstoß vergeben bzw. versteigert. Zugleich wird damit ein ökonomischer Anreiz gesetzt, das Ziel überzuerfüllen. Der in Kyoto geregelte Emissionshandel zwischen Staaten hat das Problem, dass Russland und andere

hier mit CO₂-Äquivalent gerechnet wird, also die übrigen Treibhausgase einbezogen sind, entspricht dies etwa einem Konzentrationswert des dominierenden Treibhausgases CO₂ von 450 ppmv.

²⁹ "Verpflichtungsperiode" ist die Zeitspanne, bis zu der die für die verschiedenen Staaten gesetzten Treibhausgasbegrenzungsziele umgesetzt sein müssen. Um zufällige Schwankungen des Treibhausgasausstoßes (sehr kalte oder warme Jahre; Konjunkturschwankungen) auszugleichen, wurde im Kyoto-Protokoll nicht ein Zieljahr, sondern eine Verpflichtungsperiode (2008-2012) vereinbart. Im Durchschnitt dieser fünf Jahre muss der Emissionsausstoß im Fall von Deutschland um 21 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Die zweite Verpflichtungsperiode folgt vermutlich direkt anschließend, von 2013 bis 2017. Vor 2008 sollen deren Ziele festgelegt worden sein.

osteuropäische Staaten das von ihnen ausgehandelte Ziel auch ohne zusätzliche Klimaschutzaktivitäten wegen des teilweisen Zusammenbruchs ihrer Wirtschaft weit übererfüllen. Für dieses zwar mit hohen gesellschaftlichen Kosten verbundene ("Wirtschaftszusammenbruch"), aber selbst bei starkem Wirtschaftswachstum ohne aktive Klimaschutzpolitik nicht ausschöpfbare Emissionskontingent hat sich der Begriff "heiße Luft" ("*hot air*") eingebürgert. Diese Emissionserlaubnisse können die osteuropäischen Staaten auf dem internationalen Emissionsmarkt verkaufen. Die Gesamtmenge wurde im Verhandlungsprozess in der jetzigen Menge zugeschnitten, als noch von einer Beteiligung der USA am internationalen Emissionshandel ausgegangen wurde. Germanwatch hat schon unter dieser Prämisse argumentiert, dass zuviel "heiße Luft" im System und der Innovationsanreiz zu gering sei, da selbst dann pro Tonne CO₂ der Preis wohl nur bei 2-3 Euro gelegen hätte (vgl. Vrolijk / Grubb, 2000). Für eine künftige US-Regierung ist durch diesen niedrigen Preis allerdings durchaus ein Anreiz gesetzt, sich doch wieder am Kyoto-Prozess zu beteiligen. Klimaschutz würde dann wesentlich kostengünstiger, als wenn er alleine im eigenen Land durchgeführt würde.

Das eigentliche Problem entsteht aber, wenn - was ja nicht unwahrscheinlich ist - die USA sich bis 2012 nicht am Kyoto-Protokoll beteiligen. Vermutlich übertrifft die Menge der "heißen Luft" dann die Gesamtnachfrage der Industriestaaten. Theoretisch würde der Preis für Emissionserlaubnisse dafür gegen Null tendieren. Selbst wenn man davon ausgeht, dass nur ein Drittel der "heißen Luft" auf den Markt geworfen würde, ist mit einem Preis von nur einem Euro pro Tonne CO₂ (vgl. Jotzo / Michaelowa, 2001) zu rechnen. Für den Fall, dass sich keine Beteiligung der USA abzeichnen wird, ist deshalb unbedingt eine Reduzierung der heißen Luft anzustreben. Zu den Vorschlägen in dieser Richtung gehören:

"*swap for debts*" (Russland werden auf dem internationalen Finanzmarkt Schulden erlassen gegen die Aushändigung von Zertifikaten, die - zumindest zunächst - dem Markt entzogen werden);

Ein grünes Investment-Programm für Russland - dieses verpflichtet sich, den Erlös der Zertifikate in Klimaschutzprojekte zu investieren;

Private Akteure oder Nichtregierungsorganisationen kaufen große Mengen heißer Luft auf und entziehen sie dem Markt;

Russland verpflichtet sich, den überwiegenden Teil der "heißen Luft" für künftige Verpflichtungsperioden zu sparen ("*banking*"). Dies würde den Preis stabilisieren, allerdings an der Marktmacht Russlands nicht ändern. Letztere würde allerdings begrenzt, wenn es gelänge die Ziele für die zweite Verpflichtungsperiode (vermutlich 2013-2017) vor 2008 (dem Beginn des internationalen Emissionshandels) festzulegen, und wenn dabei ein sehr striktes Emissionsreduktionsziel für Russland und andere osteuropäische Staaten durchsetzbar wäre. Dann wäre Russland *gezwungen*, einen großen Teil der heißen Luft aufzusparen, um das spätere Reduktionsziel erreichen zu können.

Beim Emissionshandel zwischen den Staaten wird die Vergabe der jeweiligen Menge der Emissionserlaubnisse, vor allem wenn in künftigen Verpflichtungsperioden auch Entwicklungsländer verbindliche Klimaschutzverpflichtungen erhalten, zu einer Schlüsselfrage der Gerechtigkeit. Es ist wichtig, dass diese Frage im Rahmen der UN gelöst wird, wo die Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer relativ groß ist. Falls diese Frage etwa von Weltbank oder IWF gelöst würde, wo das Prinzip "one dollar, one vote" gilt, würde die Gefahr sehr groß sein, dass die Industrieländer ihren zu hohen Emissionsausstoß als dauerhaftes Privileg festschreiben könnten. Umso wichtiger ist der Grundsatzbeschluss im Bonn Agreement, dass die weltweiten Emissionen so reduziert werden müssen, dass sich zugleich die Pro-Kopf-Emissionen der Industrie- und Entwicklungsländer annähern³⁰.

Bewährungsprobe für die EU: Emissionshandel zwischen Unternehmen

Strikt zu trennen vom Emissionshandel zwischen Staaten ist derjenige zwischen Unternehmen. Es obliegt den Staaten (bzw. der EU), einen mit dem Kyoto-Protokoll kompatiblen Emissionshandel auf Unternehmensebene

³⁰ "The COP agrees ... that the parties included in Annex I shall implement domestic action in accordance with national circumstances and with the view to reducing emissions in a manner conducive to narrowing per capita differences between developed and developing country parties, while working towards achievement of the ultimate objective of the Convention" (VI,1.4)

einzurichten. Solange es um einen EU-internen Emissionshandel geht, spielt das Problem der heißen Luft keine bzw. kaum eine Rolle. Der Emissionshandel könnte hingegen der Einstieg in eine neue, wirkungsvolle strukturelle Kopplung zwischen Recht und Wirtschaft sein. Je stärker die rechtlich verankerten Ziele, desto kostspieliger wird es, zeitlich begrenzte Emissionserlaubnisse auf dem entstehenden Markt zu kaufen; desto größer werden die Anreize, in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zu investieren.

Nach der Vorlage eines EU-Richtlinien-Entwurfes zum Emissionshandel im Oktober 2001 als wichtiger Teil der Umsetzung der Kyoto-Beschlüsse in der EU besteht die Chance, dass in der EU diese Dynamik in Gang kommt. Das Zentrum der intellektuellen Schwerkraft in der Klimadebatte verlagert sich damit. Während bisher die Klimapolitik in Unternehmen meist von der Umweltabteilung entworfen wurde, betreten nun die ökonomischen Abteilungen die Bühne. Emissionshändler, Broker, Risikomanager und ökonomische Modellierer spielen von jetzt ab eine immer wichtigere Rolle (vgl. etwa *Evolution Markets*, 2001). Durch diese strukturelle Kopplung zwischen Politik und Wirtschaft können Wirtschaftsakteure zu treibenden Kräften des Klimaschutzes werden³¹. Allerdings muss, gerade da sich die meisten Akteure aus finanziellen und nicht Klimaschutzmotiven am Emissionshandel beteiligen, ein strikter rechtlicher Rahmen für dessen Umweltintegrität sorgen.

Germanwatch setzt sich derzeit vehement dafür ein, dass noch im Jahr 2002 die Entscheidung für einen EU-weiten Emissionshandel getroffen wird. Vieles spricht dafür, dass durch den Emissionshandel offensichtlich wird, wie kostengünstig die bisher gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen sind - obwohl der EU-Emissionshandel in der jetzt vorgesehenen Form gegen "heiße Luft" abgedichtet wäre. Es ist Aufgabe gerade auch der Nichtregierungsorganisationen dafür zu sorgen, dass dieses Signal des ökonomischen Systems im politischen System gelesen wird als: "Wir können die Klimaschutzziele verschärfen".

Alle Sektoren, die sich nicht am Emissionshandel beteiligen, etwa Verkehr und Haushalte, sollten einer regelmäßig steigenden Ökosteuer unterworfen werden. Ohne diesen doppelten Ansatz ist eine deutliche Reduzierung der Klimagefahren kaum vorstellbar.

So unverzichtbar der Einsatz ökonomischer Instrumente ist, alle Klimaschutzprobleme werden sich dadurch nicht lösen lassen. "Die Perspektive bleibt problematisch, weil die Problemdefinition durch den Kostenbegriff und durch das Schema zahlen/ nicht zahlen nicht alle Aspekte der Problematik von Problemen abdeckt." (Luhmann, 1990, 121). Die an ökonomischen Kriterien orientierte Vorgehensweise beruht auf einer sehr einseitigen Selektion ihres Ansatzpunktes. Deshalb wird sehr häufig "nicht nur das Nichtlösen, sondern auch das Lösen des Problems durch die Wirtschaft zum Problem für andere Bereiche der Gesellschaft" (Luhmann, 1990, 121).

Wird der Emissionshandel zum Magneten, der die USA zurück zum internationalen Klimaschutz bringt?

Das Ausscheren der USA aus der internationalen Klimapolitik hat die Chance verringert, dass eine für Klima und Wirtschaft sanfte Landung zu erreichen ist. Alle Kraft der Klimadiplomatie muss deshalb in den kommenden Jahren darauf abzielen, dass die USA sich am Kyoto-Prozess beteiligt oder zumindest den eigenen Emissionstrend umkehrt.

Auch wenn dies zur Zeit kein Thema in den USA ist, zumal dort nach dem 11. September 2001 andere Themen die politischen Debatten bestimmen, so besteht doch die Chance darauf, dass sich ein derart ökonomisch denkendes Land wie die USA nicht lange von einem entstehenden internationalen Emissionshandelsmarkt fernhalten werden. Das Inkrafttreten und die Umsetzung des Kyoto-Protokolls - zunächst ohne USA - würde die Chancen vergrößern, dass die USA sich in Zukunft am internationalen Klimaregime beteiligen. Falls die EU und

³¹ Es wird bisweilen kritisiert, dass die Akteure im Rahmen des Emissionshandels Klimaschutz nur wegen ihrer Profitinteressen betreiben. Genau darin aber ist eine Stärke, nicht eine Schwäche zu sehen. Wer den globalen Klimawandel durch Aktivitäten der fünf Prozent Idealisten in dieser Welt stoppen will, hat schon verloren. Erst wenn Anreize und Sanktionen es für den Großteil der Akteure ratsam erscheinen lassen, Klimaschutz zu betreiben, besteht Aussicht auf die notwendige strukturelle Drift. Es wäre viel damit gewonnen, wenn zentrale Akteure ihr Geld nicht mehr mit Klimaverschmutzung sondern mit Klimaschutz verdienen.

Japan den Einstieg in ein Emissionshandelsregime (*cap and trade*-Ansatz) wagen, wächst die Chance auf Beteiligung der USA am internationalen Klimaschutz erheblich. Dies zeigten schon die ersten politischen Debatten nach der vermutlichen Rettung des Kyoto-Protokolls beim Klimagipfel in Bonn³². Es besteht damit die Chance, das größte Schlupfloch von Kyoto, die Nicht-Teilnahme der USA, ganz oder teilweise - allerdings vermutlich bei relativ geringen Reduktionszielen - zu stopfen.

Skeptisch stimmen kann einen allerdings, wie sehr sich in den USA derzeit - schon vor dem 11. September - eine strukturelle Kopplung zwischen Politik und Wirtschaft eingespield hat, die segmentäre Kurzfristziele gegenüber Langfristzielen bevorzugt. Infolge der überwiegend privaten (Großindustrie) Parteienfinanzierung sieht sich die Politik in immer größerem Maße dem Druck ausgesetzt, durch kollektiv bindende Entscheidungen kurzfristige Lobbyinteressen zu bedienen. Dies lässt sich in der Energiepolitik der derzeitigen Legislaturperiode besonders intensiv beobachten. Die Entscheidung des Repräsentantenhauses, im Naturschutzgebiet von Alaska das Bohren nach Öl und Gas zuzulassen, gewinnt ebenso wie die harsche Absage des US-Präsidenten gegenüber dem Kyoto-Prozess vor diesem Hintergrund eine grundsätzliche demokratietheoretische Bedeutung. Die staatliche Struktur der Parteienfinanzierung in Deutschland dämmt diesen Zwang zur Kurzsichtigkeit ein. Die Politik bleibt auch dann handlungsfähig, wenn sie wichtige Lobbyinteressen nicht bedient. Sie kann - solange die Wähler(innen) am Ende der Wahlperiode mitziehen - langfristige Ziele über Kurzfristinteressen stellen³³.

Das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls verändert die Stellung des Klimaschutzes gegenüber der WTO

Das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls hat auch das Potential, die "Gefechtslage" zwischen WTO und Vorreiterstaaten im Klimaschutz zu verändern. Denn das Inkrafttreten dieses multilateralen Abkommens wird beträchtlich die verbleibenden Unsicherheiten bezüglich WTO-Kompatibilität von nationalen und internationalen Klimapolitiken und -maßnahmen reduzieren. Mehr noch, sobald es in Kraft gesetzt ist, würde das Kyoto-Protokoll ein wichtiges Forum darstellen, in dessen Rahmen progressive Regierungen sich vorwärtsbewegen können und spezifische Fragen und Spannungen klären, die im Verhältnis zwischen internationalem Handelsrecht und Klimaregime entstehen könnten. Im Kontrast dazu würde ein Scheitern des Versuches, das Kyoto-Protokoll in Kraft zu setzen, die Wahrscheinlichkeit von Handelskonflikten wegen der Einführung von Klimaschutz-Politiken und -Maßnahmen steigern (vgl. Buck / Verheyen 2001)³⁴.

³² So berichtete die *Washington Post* bereits am 2. August 2001, der US-Senat habe Präsident Bush gedrängt, einen globalen Klimavertrag zu verhandeln. Wesentliche Passagen des Artikels im Wortlaut: "Das Komitee für auswärtige Beziehungen im Senat hat gestern einstimmig eine Resolution angenommen, die an Präsident Bush appelliert, in diesem Herbst mit spezifischen Vorschlägen an den Verhandlungstisch zurückzukehren, wie entweder das Kyoto-Protokoll verändert werden oder aber ein neues verpflichtendes Abkommen für die Begrenzung von Treibhausgasemissionen verhandelt werden kann. Das 19 zu 0 Abstimmungsergebnis von Demokraten und Republikanern aus Kohle produzierenden Staaten, aus dem Nordosten, dem Mittleren Westen und dem Süden markiert eine dramatische Wende in der Politik eines Staatsorgans, das bis vor kurzem den Verhandlungen für ein internationales Abkommen feindlich gegenüberstand. Obwohl die Resolution nicht bindend ist, zeigt sie doch die wachsende Unterstützung im Kongress für verordnete Begrenzungen von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen, die für die steigenden Temperaturen der Erde verantwortlich gemacht werden. Dies wird den Druck auf den US-Präsidenten steigern, seine Torpedierung der Bemühungen der EU, Japans und anderer Staaten, zu einem Abkommen zu kommen, zu überdenken. Die Resolution wurde unterstützt von Senatoren des gesamten politischen Spektrums vom liberalen John F. Kerry (D-Mass.) bis hin zum konservativen Jesse Helms (R-N.C.). Dabei waren führende Mitglieder beider Parteien, so wie die Vorsitzenden des Komitees, Joseph R. Biden Jr. (D-Del.) und Chuck Hagel (R-Neb.). 'Letztendlich brauchen wir ein globales Abkommen', sagte Kerry während der Debatte, 'es muss nicht unbedingt Kyoto sein'. Hagel, einer der heftigsten Kritiker des Kyoto-Abkommens sagte, die bisherige Kritik des Senates 'hatte niemals die Absicht, dass die USA sich von ihren Verpflichtungen zurückzieht' (Übersetzt von C.B.).

³³ Dass auch diese Form der Parteienfinanzierung ihre Probleme mit sich bringt, ist allerdings hinlänglich bekannt.

³⁴ Dies illustrieren Buck / Verheyen an verschiedenen Beispielen: Durch das Inkrafttreten des bzw. mögliche Weiterentwicklungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls würde deutlich die Gefahr reduziert, dass die Einführung von Energie-Effizienz-Standards, Öko-Labeln oder klimaschutzorientierten Beschaffungsprogrammen im Rahmen der WTO aus Wettbewerbsgründen herausgefordert werden können. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls könnte zudem in der Folge durchaus ein Unterprotokoll erarbeitet werden, das klimarelevante Subventionen für fossile Energieträger im Rahmen des Klima-Regimes begrenzt. Der Regulierungsansatz des WTO-Landwirtschaftsabkommens mag als Beispiel für eine solche Initiative dienen. Um Einsprüche des Subventionen regelnden Abkommens (SCM) gegen die Förderung Erneuerbarer Energieträger oder andere Klimaschutztechnologien zu verunmöglichen, könnten die Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention oder des Kyoto-Protokolls gemeinsame Minimalstandards bezüglich der Zulässigkeit klimafreundlicher Subventionen verhandeln und beschließen. Um in Bezug auf Öko-Steuern an der Grenze die importierten Produkte entsprechend belasten zu können ("border tax adjustments"), sind zwei Wege denkbar. Zum einen, indem - etwa im Rahmen des Kyoto-Protokolls - Minimalschwellen für Energiebesteuerung festgelegt werden und Methoden entwickelt werden, um die Energiekosten zu kalkulieren, die in importierten Produkten von Ländern mit niedrigeren

Kurzum: Ein Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls hält Vorreiterländern im Klimaschutz in verschiedener Hinsicht den Rücken vor Konflikten mit der WTO frei. Bei der Weiterentwicklung des Klimaregimes gibt es zusätzliche Chancen, diesen Trend zu stärken.

Auf dem Weg zu einem internationalen Regime der Verantwortungsübernahme gegenüber Klimaschäden

"Wer das Leben anderer gefährdet - gewollt oder ungewollt -, gilt in allen Ländern, Kulturen und Zeiten als 'Verbrecher', der mit hohen, höchsten Strafen zu rechnen hat" (Beck, 1993: 87). Auf der Grundlage eines völkerrechtlich verbindlichen Abkommens steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Erfolgsaussichten von Klagen gegen Regierungen oder Wirtschaftsakteure geprüft werden, damit diese ihrer Verantwortung angesichts der schnell steigenden Klimaschäden gerecht werden. Der politische Druck auf Industriestaaten, Verantwortung ("responsibility") zu übernehmen, nimmt zu. Staaten oder Unternehmen, die versuchen, das Klima schönzureden und sich nicht an Kyoto beteiligen, könnten im Zentrum der Aktionen stehen. So prüfen verschiedene Umweltorganisationen, ob Schadensersatzklagen gegen Unternehmen oder Staaten, die gegen die Notwendigkeit von Klimaschutz und das Kyoto-Protokoll opponieren, eingereicht werden können. In den kommenden zwei Jahren sollen zunächst die Erfolgsaussichten durch verschiedene Studien geprüft werden. "Einige Leute haben die Vorteile des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen, andere tragen die Konsequenzen ... Es wird Menschen und Länder geben, die zur Verantwortung gezogen werden für die Verluste an Menschenleben und Lebensmöglichkeiten in armen Ländern", wird einer der Initiatoren zitiert (Business Council for Sustainable Energy, 2000). "Vor dem Strafrecht schützt die allerdings oft dünne Wand des Nichtgesehenen und Nichtgewollten, vor allem aber die Beweisnot, nicht dagegen vor der öffentlichen Wahrnehmung und Verurteilung" (Beck, 1993: 87).

Auch Germanwatch wird im Jahr 2002 das Ziel der Verantwortungsübernahme angesichts von schnell wachsenden Klimaschäden - vor allem in den Entwicklungsländern - in den Vordergrund einer neuen Kampagne stellen. Es ist damit zu rechnen, dass diese Debatte mit der Zunahme von Wetter-, Flut- und Sturmkatastrophen, versalztem Grundwasser, steigender Zahl an Umweltflüchtlingen usw. stark an Stoßkraft gewinnen wird. Die erwarteten negativen Wirkungen sind - so der neue IPCC-Sachstandsbericht - "in Entwicklungsländern am größten". Diese haben aber zur historischen Emissionslast am wenigsten beigetragen.

Wenn in den UN-Klimaverhandlungen zwischen 2005 und 2008 erwartet wird, dass auch Entwicklungsländer verbindliche Treibhausgasbegrenzungen für die Zeit nach 2012 übernehmen, wird im Gegenzug auch die Frage der Verantwortlichkeit der Klimagasemittenten für die Konsequenzen eine starke Rolle spielen.

Germanwatch wird im Rahmen der Kampagne (potentiell) Betroffene aus den Ländern des Südens zu Wort kommen lassen. Es wird geprüft, ob ein mehrjähriges "Klima-Tribunal" dem Thema breite Öffentlichkeit verschaffen kann. Im Rahmen der Kampagne soll - auch im Dialog mit Versicherern - geprüft werden, wie eine Versicherung gegen die Folgen des globalen Klimawandels für die besonders betroffenen Regionen aussehen könnte. Wichtig dabei wäre, auch um einen weiteren Anreiz für die Reduzierung von Treibhausgasen zu setzen, dass die Verursacher von Treibhausgasen die Versicherungsprämie bezahlen. Des Weiteren will sich Germanwatch an der Prüfung der Frage beteiligen, ob es weiter verantwortbar ist, dass die deutsche Regierung für fossile Großprojekte Export-Kreditbürgschaften ('Hermes') vergibt. Möglicherweise liefert ein Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls sogar Ansatzpunkte, rechtlich gegen eine solche Praxis vorzugehen³⁵.

Die Möglichkeit, eine "advisory opinion" beim Internationalen Gerichtshof zu initiieren, diskutieren zur Zeit verschiedene Akteure.

Energiepreisen eingeschlossen sind. Zum anderen, indem Schlüsselländer des Kyoto-Protokolls und der WTO ein Stillhalteabkommen mit dem Ziel abschließen, nicht die Subventionen der anderen herauszufordern, solange diese die technische oder ökonomische Entwicklung der Klimaschutzziele von UNFCCC unterstützen.

³⁵ Der Stand des Projektes "Klima-Verantwortung" wird jeweils auf der Germanwatch-Homepage (www.germanwatch.org) dokumentiert.

Berücksichtigung von Klimarisiken durch die institutionellen Investoren

Mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls könnte sich auch die Ernsthaftigkeit verändern, mit der der Finanzmarkt Klimaaspekte berücksichtigt.

Verschiedene Risiken des globalen Klimawandels können verhindern, dass ein Unternehmen langfristig ertragreich arbeitet. Dies können - aus Unternehmenssicht - zumindest folgende Risiken sein:

1. Die direkten Folgen einer globalen Erwärmung wie Anstieg des Meeresspiegels, Dürren und Überflutungen.
2. Die Möglichkeit einer Zunahme von plötzlichen, katastrophalen Wetterereignissen.
3. Soziale und politische Risiken (etwa Destabilisierung von Staaten) auf Grund solcher Ereignisse.
4. Für viele treibhausgasintensive Unternehmen aber wird mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls das regulative Risiko am drängendsten: Es ist dann damit zu rechnen, dass es in den nächsten Jahren zunehmend Restriktionen für den Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen geben wird. Für Unternehmen, die nicht über ein entsprechendes Risikomanagement verfügen, kann dies erhebliche Konsequenzen haben.
5. In einigen Staaten evtl. auch das Risiko, wegen der Verharmlosung des Klimawandels auf Schadensersatz verklagt zu werden (s.o.).

Germanwatch richtet an die UN-Vorbereitungsrunden für den Johannesburger Gipfel für Umwelt und Entwicklung (September 2002) und den UNEP-Generalsekretär Klaus Töpfer die Bitte, die institutionellen Anleger zu einem gemeinsamen Klimaschutzstatement anlässlich des Rio plus 10 Gipfels in Johannesburg aufzufordern. Die Idee eines solchen Statements greift eine von Mark Mansley und Andrew Dlugolecki formulierte Initiative "Climate Change - A Risk Management Challenge for Institutional Investors" auf (Mansley / Dlugolecki, 2001).

Ein solches Statement der institutionellen Investoren hätte drei Adressaten:

Erstens sollte sich das Statement an die Kapitalgesellschaften richten. Es sollte die Entwicklung von Prinzipien des guten Umgangs mit dem globalen Klima sein, deren Einhaltung von Unternehmen, in die man investiert, erwartet wird. Dies sollte die dreifache Erwartung an diese Unternehmen ausdrücken, dass diese die erwähnten verschiedenen klimabezogenen Risiken für ihr Unternehmen analysieren, eine entsprechende Unternehmens- sowie Risikomanagementstrategie zum globalen Klimawandel entwickeln und über beides regelmäßig berichten.

Zweitens sollte das Statement gegenüber den Akteuren des Finanzratings die Erwartung ausdrücken, dass diese die Klimarisiken für die von ihnen analysierten Unternehmen sowie die Fähigkeiten des jeweiligen Managements darauf zu reagieren, in ihre finanzielle Analyse einschließen. Dies passiert bisher praktisch nicht. Diese Analysen wären eine notwendige Grundlage, damit institutionelle Investoren in Bezug auf ihre Asset-Verteilung überprüfen können, ob es ein signifikantes Übergewicht von Investitionen in Unternehmen mit hohem Klimarisiko gibt.

Drittens sollte das Statement eine Selbstverpflichtung der institutionellen Investoren beinhalten, ihre eigenen Managementfähigkeiten in diesem Bereich - etwa durch interne Programme der Bewusstseinsbildung und Fortbildung in Bezug auf die Klima-Herausforderung - zu stärken. Dies setzt diese in die Lage, die Berichte der Unternehmen und Analysten im Rahmen ihres Asset-Managements angemessen zu berücksichtigen.

Ein wichtiger Kooperationspartner für eine solche Initiative könnte die UNEP-Versicherungs- und Finanz-Initiative sein.

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich eine strategische Allianz mit kritischen Aktionären, die auf Aktionärsvollversammlungen die Risiko-Management-Strategie gegenüber dem globalen Klimawandel des jeweiligen Unternehmens abfragen, ebenso wie mit sozial verantwortlichen Investment-Fonds, die dasselbe Anliegen im Rahmen einer "Engagement-Strategie" vortragen, entwickeln. Es wird sogar über Klagen von Aktionären nachgedacht,

wenn "ihr" Unternehmen kein adäquates Risiko-Management betreibt. Es ist bemerkenswert, dass neben der Diversifikation der Investitionen in Richtung Energieeffizienz und Erneuerbare Energieträger vor allem der Einstieg in ein Emissionshandelssystem von immer mehr treibhausgasintensiven Unternehmen unter dem Aspekt diskutiert wird, ob eine proaktive Beteiligung ein wesentlicher Beitrag für eine angemessene Risikomanagement-Strategie des Unternehmens darstellen könnte. Unternehmen wie BP und Shell sind hier - dank ihres Engagements der vergangenen Jahre - auf einer wesentlich sichereren Seite als etwa ein Unternehmen wie Exxon.

Drittens: Subpolitik - Die Rolle von strategischen Allianzen bei der Weiterentwicklung der nationalen und internationalen Klimapolitik

Steuerungserwartungen richten sich traditionell fast ausschließlich an die Politik. So unverzichtbar die Rolle der Politik ist, hat doch die fast ausschließliche Hoffnung auf dieses Teilsystem nur eine sehr begrenzte Plausibilität; und das selbst wenn es um Menschenrechte geht, wo die Plausibilität noch am größten ist³⁶.

Heute gibt es mehrere "Steuerungszentren" in der Gesellschaft. Viele der maßgeblichen Entwicklungen der Weltgesellschaft nehmen heute ihren Ausgang vom ökonomischen und technologischen Teilsystem. Wer die Chancen für ernsthaften Klimaschutz verbessern will, wird sich auch die Aktionsmöglichkeiten im Rahmen dieser Teilsysteme betrachten müssen. Die Betonung des polyzentrischen Charakters unserer Gesellschaft soll allerdings nicht über eine nach wie vor existierende Sonderrolle des politischen Systems hinwegtäuschen. Ihm kommt eine *Rahmen- bzw. Zielsetzungskompetenz* sowie eine *Ausfallbürgschaft* bei eklatanter Fehlsteuerung im ökonomischen und technologischen Subsystem zu - aber eben im Normalfall keine Detailsteuerungskompetenz für diese. Die "Steuerungsmöglichkeit" des politischen Systems ist - zumal in Zeiten der Globalisierung - schon dadurch eingeschränkt, dass die Drift dieser Systeme zusätzlich aus anderen Quellen beeinflusst wird³⁷. Wer versucht, das ökonomische oder technologische System *allein* über den Umweg des politischen Systems zu "steuern", schmälert seine Erfolgchancen erheblich - und die der jeweiligen Systeme: Der Effizienz- und Freiheitsgewinn einer funktional differenzierten Gesellschaft, die Steuerungsleistung auf verschiedene gesellschaftliche Systeme *und* plurale Lebenswelten verteilt und damit vervielfacht zu haben, würde verspielt. Dies würde in kurzer Zeit zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber polyzentrischen Gesellschaftsmodellen führen.

Ein zentrales Feld im Rahmen einer zielführenden Klimaschutzstrategie ist deshalb - solange ein polyzentrisches Gesellschaftsmodell dominiert - auch die *Subpolitik* in den verschiedenen Teilsystemen. Germanwatch betreibt seit Jahren durch das Eingehen strategischer Allianzen im Klimaschutz-Bereich Subpolitik. Grundlage ist eine Interessensanalyse, die nach Akteuren sucht, die - aus ganz unterschiedlichen Gründen - schon jetzt ihre Interessen mit denen des Klimaschutzes zumindest teilweise harmonisieren könnten. Andere Akteure könnten immerhin bei veränderter Rahmensetzung mehr für den Klimaschutz tun. Vielleicht können diese für ein gemeinsames Engagement gewonnen werden, solche Rahmensetzungen zu erreichen? Leider unterbleibt meist bei den Ansätzen für "einen Dialog mit der Wirtschaft" - etwa im Rahmen vieler Agenda 21-Aktivitäten - eine solche Interessensanalyse als Grundlage für die Auswahl der Gesprächspartner. Man will mit "der Wirtschaft" reden, und weil alle angesprochen werden, fühlt sich niemand wirklich angesprochen. Da nicht auf eine Schnittstelle der jeweili-

³⁶ Das politische System ist Hüterin der Menschenrechte. Allerdings sind auch hier die Steuerungsmöglichkeiten über diesen einen Kanal der Einflussnahme nicht ausreichend. Solange etwa Shareholder und damit Börsenkurse im ökonomischen System "blind" gegenüber Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen sind, sind die Chancen einer wirkungsvollen Menschenrechtspolitik begrenzt. Die gegenwärtige Gentechnik-Debatte ist nur eins von vielen Beispielen dafür, dass auch technologische Entwicklungen äußerst relevant für die Menschenrechtssituation sind. Selbst im Fall der Menschenrechte muss deshalb eine wirkungsvolle Strategie auf die polyzentrische Struktur der Moderne reagieren und nicht nur Politik, sondern auch Subpolitik im ökonomischen und technologischen Subsystem betreiben.

³⁷ Hier dürfte eine zentrale Ursache für die verbreitete Parteienverdrossenheit liegen. Die Parteien versprechen Steuerungsleistungen, die sie alleine in einer polyzentrischen, sich globalisierenden Gesellschaft nicht erfüllen können. Das Versprechen der derzeitigen Regierung, die Arbeitslosigkeit unter eine bestimmte Grenze zu drücken, ist ein derzeit viel diskutiertes Beispiel. Ob das ökonomische System, zumal in seiner Abhängigkeit von globalen Wirtschaftstrends, hält, was die Politik verspricht, ist bei Versprechensabgabe nicht kalkulierbar. So können die unseriösen Versprechen von gestern zu den Glaubwürdigkeitsfallen - zunehmend nicht nur für einzelne Parteien, sondern für das Parteiensystem - von heute werden. Die Vorgängerregierung musste eine ähnliche Erfahrung etwa mit der Ankündigung "blühender Landschaften" im Osten Deutschlands machen.

gen Interessen geachtet wird, ist in den wenigsten Fällen damit zu rechnen, dass konsensuale Ergebnisse tatsächlich substantielle Fortschritte bringen.

Strategische Allianzen im Wirtschaftssystem - Vom "Nein" zur Meinungsvielfalt der Wirtschaft

Lange Zeit entstand der Eindruck, Klimaschutz sei eine von allen Unternehmen als Belastung abgelehnte Regulierung durch die Politik. Noch beim ersten Klimagipfel 1995 erschien die internationale Wirtschaft in ihrer Gesamtheit an das "Nein" zu ernsthaftem internationalen Klimaschutz gekettet wie Prometheus an seinen Felsen. Auch die deutsche Wirtschaft legte - auf erheblichen Druck der Regierung hin - lediglich eine windelweiche freiwillige Selbstverpflichtung vor, die nicht mehr versprach, als sich ohnehin als Trend abzeichnete.

Wichtig ist hier, zwischen dem ökonomischen System, den Unternehmen und schließlich den Organisationen zu unterscheiden, die "mit angemessenen Sprecherrollen" auftreten und wie die Arbeitgeberverbände "angeblich für 'die Wirtschaft' sprechen." (Luhmann, 1997, 843)³⁸. Besonders deutlich zeigte sich dies im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen. Dort formulierte die von Lobbyinteressen der Kohle-, Auto- und Öllobby dominierte "Global Climate Coalition" bis 1996 oft die offiziellen Statements "für die gesamte Wirtschaft" bei den UN-Klimaverhandlungen. Angesichts dieser skandalösen Einseitigkeit gab es immer mehr Unternehmen (bzw. Kräfte in diesen), die nach Möglichkeiten einer anderen klimapolitischen Vertretung suchten. Für Germanwatch lag in der Kontaktaufnahme mit diesen Unternehmen der Ausgangspunkt, strategische Allianzen zu bilden, "um überfällige Veränderungen ... anzustoßen" (Germanwatch, 1995). Seit 1993 führt Germanwatch einen intensiven Dialog mit Versicherungsunternehmen, die vom globalen Klimawandel mit dem damit zu erwartenden stark steigenden Schadenstrend negativ betroffen sein könnten. Der weltweit größte Rückversicherer, die Münchener Rück, hatte dies schon mehr als ein Jahrzehnt lang deutlich zum Ausdruck gebracht. Germanwatch schlug dabei in einem Dialogworkshop mit Vorständen und Direktoren der großen deutschsprachigen Versicherungsunternehmen in der Evangelischen Akademie in Tutzing vor, dass diese eine "UNEP-Versicherer-Initiative" initiieren, um sich bei den UN-Klimaverhandlungen aktiv in den Diskurs einzuschalten. 1995 kündigten dann tatsächlich einige Versicherungsunternehmen eine solche Initiative an. Von dem Germanwatch-Dialog waren der Gerling Konzern sowie die Schweizer Rück bei den Initiatoren mit dabei³⁹. Ein Jahr später, beim Klimagipfel in Genf, trat die UNEP-Versichererinitiative erstmals aktiv auf und wird seitdem - sowohl im Verhandlungsprozess als auch in der Finanzpresse - stark wahrgenommen.

Nach zwei Jahren Vorarbeit gelang es einer zunächst kleinen Gruppe von Unternehmen und Germanwatch im Jahr 1995 gemeinsam, den European Business Council for a Sustainable Energy Future (e⁵) zu initiieren. In dieser schnell gewachsenen Gruppe haben sich Unternehmen zusammengeschlossen, die von einer deutlichen Klimaschutzpolitik profitieren würde oder eine solche aus anderen Gründen unterstützt. Gemeinsam mit dem bereits 1992 vom Worldwatch-Institut mitinitiierten US Business Council for Sustainable Energy⁴⁰ wurde seit dem Klimagipfel in Genf (1996) erreicht, dass - wann immer die Wirtschaft im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen um Rat gefragt wurde - es zumindest zwei Statements gab, die in zentralen Forderungen oft entgegengesetzte Positionen vertraten: einmal für und einmal gegen das Kyoto-Protokoll. Indem sich nun in den Augen der Öffentlichkeit und der Regierungsdelegationen die Wirtschaft in "Hardliner" und "fortschrittliche Gruppen" aufspalteten, wurde es für das "Mittelfeld" notwendig, eine eigene Position zu beziehen. Die "gemäßigte Gruppe" - zu ihr gehören etwa die Internationale Handelskammer (ICC), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der japanische Verband wirtschaftlicher Organisationen (Keidaren) und der World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) - bezogen von nun an immer öfter eigene Positionen. Sie woll-

³⁸ Die interessante Theorie gesellschaftlicher Steuerung von Helmut Willke (vgl. Willke, 1992) differenziert nicht genügend zwischen System und dessen Organisationen und geht deswegen davon aus, das System könne sich durch Aktionen von Organisationen selbst binden. "Demgegenüber macht eine scharfe Unterscheidung zwischen primären gesellschaftlichen Subsystemen und (deren) Organisationen auf das Problem aufmerksam, daß Organisationen, wenn überhaupt, nur sich selbst, aber nicht ... "die Wirtschaft" ... durch Kommunikation festlegen können".

³⁹ Ähnliche Gedanken wie in Deutschland waren in Großbritannien - nicht zuletzt durch Jeremy Leggett (damals Greenpeace) - und in der norwegischen Versicherungsindustrie entstanden.

⁴⁰ Bei seiner Gründung hieß auch diese Gruppe "Business Council for a Sustainable Energy Future", wurde aber 1995 umbenannt.

ten nicht zu den "Schmuddelkindern" gehören. Andererseits wollten sie nicht die deutlichen Pro-Klimaschutz-Positionen der Vorreiter mittragen.

Der Bedeutungsschwund der Global Climate Coalition

Im Vorfeld des Klimagipfels von Kyoto führte die einflussreiche Anti-Klimaschutzlobby in den USA eine 13-Millionen-Dollar-Kampagne durch, bei der zwei Forderungen zentral waren. Diese Forderungen tauchten in der berühmten einstimmigen Resolution des US-Senates wieder auf, einem Kyoto-Protokoll nur zuzustimmen, wenn dies keine wirtschaftlichen Nachteile für die USA bedeute und wenn eine bedeutungsvolle ("meaningful") Beteiligung der Entwicklungsländer sichergestellt sei. Doch die Anti-Klimaschutzlobby erhielt einen ersten Dämpfer, als British Petroleum (BP) 1997, im Vorfeld des Klimagipfels von Kyoto, als erster Großkonzern aus der Anti-Klimaschutz Industrie-Gruppe "Global Climate Coalition" ausscherte. Dies war ein weithin sichtbares Signal, das zum (Teil-)Erfolg von Kyoto beitrug. Zudem läutete es in der Höchstphase der Aktivitäten der Global Climate Coalition einen schleichenden Bedeutungsverlust des Verbandes ein. Nach Kyoto nahm der Druck durch viele Nichtregierungsorganisationen weltweit auf den durch Brent Spar stark imagegeschädigten Shell-Konzern stark zu. Auch Germanwatch schickte einen Brief mit Austrittsforderung an den Shell-Vorstand. Am Tag der Veröffentlichung des Shell-Jahresberichtes im Jahr 1998, als deutlich wurde, dass die Journalisten vor allem an der Frage der weiteren Mitgliedschaft in der Global Climate Coalition interessiert waren, zog Shell die Notbremse und kündigte - obwohl die Mitgliedschaft in der präsentierten Druckfassung des Jahresberichtes noch verteidigt wurde - den Austritt an. In der Folge wurde es für immer mehr Unternehmen zur Imagefrage, ob man aus der Global Climate Coalition austreten könne. Nach verschiedenen Austritten erklärte Ende 1998 auch Ford als erster US-Auto-Konzern, dass es nicht länger Mitglied bleiben wolle.

Auch der DaimlerChrysler-Konzern war seit der Fusion von Daimler-Benz und Chrysler - durch die langjährige Mitgliedschaft von Chrysler - Mitglied in der Global Climate Coalition geworden. Auf Anraten von DaimlerChrysler-Mitarbeitern wurden jetzt die "Kritischen Aktionäre DaimlerChrysler" gemeinsam mit Germanwatch aktiv. Nach vielen Diskussionen mit Vertretern des Konzerns führten die beiden Nichtregierungsorganisationen im Dezember gemeinsam eine Pressekonferenz im Stuttgarter Landtag durch, wobei der Konzern zum Austritt aus der Global Climate Coalition aufgefordert wurde. Obwohl diese Forderung am Tag zuvor gegenüber der nachfragenden Presse noch abgelehnt worden war, kündigte DaimlerChrysler eine halbe Stunde nach der Pressekonferenz den Austritt an. Die Entscheidung von Ford und DaimlerChrysler wurde als Signal wahrgenommen. Sechs weitere Konzerne wollten zu Jahresbeginn 1999 ihre Mitgliedschaft nicht verlängern. Da zog die Global Climate Coalition die Notbremse. Ab sofort durften keine Konzerne, sondern nur noch Unternehmensverbände Mitglied sein - übrig blieben in dem sich "global" nennenden Verband nur noch Lobbygruppen aus den USA. Inzwischen ist die Ruhrkohle AG der einzige deutsche Konzern, der über seine US-Tochter noch in einer der Global Climate Coalition verwandten Lobbygruppe - dem Climate Council - aktiv ist. Der Konzern jedoch, der weltweit die führende Position in der Koordinierung der Anti-Klimaschutz-Aktivitäten innehat, ist Exxon (in Deutschland ESSO). Dies führte zu einer entsprechenden Germanwatch-Kampagne "ESgehtSONicht" im Jahr 1997/98⁴¹. In der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland wurde damit erstmals ESSO als Klimaschmuddelkind bekannt. An der Konzernpolitik änderte sich nichts Wesentliches.

Durch die Wahl eines Präsidenten und Vize-Präsidenten Ende 2000, die beide beruflich aus dem Öl-Umfeld stammen, nahm der ohnehin starke Einfluß der fossilen Lobby in den USA weiter zu. "Wie Sie wissen, lehne ich das Kyoto-Protokoll ab, weil es 80 Prozent der Welt, große Bevölkerungszentren wie China und Indien inbegriffen, nicht in die Erfüllung der Verpflichtungen einbezieht, und weil es der US-Wirtschaft ernste Schäden zufügen würde." (Bush, 2001). Genau die beiden zentralen Parolen der Global Climate Coalition waren die entscheidenden Argumente in der brüskten Ablehnung des Kyoto-Protokolls durch den US-Präsidenten Bush im Frühjahr 2001.

⁴¹ Vgl. Germanwatch (1998)

Um dennoch einen Teil-Erfolg beim Klimagipfel in Bonn zu ermöglichen, wollte Germanwatch eine Unternehmens-Initiative initiieren, die sich deutlich für die Ratifizierung und für das frühe Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls einsetzt. Als deutlich wurde, dass der European Business Council for a Sustainable Energy Future (e⁵) und der WWF ähnliche Kampagnen vorbereiteten, beschlossen die drei Gruppen, gemeinsam die Unternehmerinitiative "e-mission 55" zu initiieren und unterstützen. Fast 200 Unternehmen haben sich Ende 2001 bereits der Initiative mit ihrer zentralen Botschaft angeschlossen: "Wir fordern die Regierungen der Welt auf, das Kyoto-Protokoll möglichst schnell, d.h. bis spätestens 2002 in Kraft zu setzen" (vgl. www.emission55.com). "e-mission 55" gelang es, bei den Klimagipfeln in Bonn und Marrakesch zur am meisten wahrgenommenen Wirtschaftsinitiative zu werden, was zu der Atmosphäre beitrug, die einen Teilerfolg der beiden Gipfel ermöglichte. Neben dem herausragenden Engagement der Deutschen Telekom spielten Unternehmen wie Die Bahn, Gerling, Solar-World, Versiko, Ricoh und andere dabei eine sehr aktive Rolle.

Klimaschutzallianzen in Deutschland - ermöglicht durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Nicht nur international, sondern auch national ist es für einen Erfolg der Klimapolitik zentral, dass sich die Lobbygewichte und damit die Einflusspotentiale zentraler Akteure verschieben. Auch in diesem Bereich führt Germanwatch das Gespräch mit vielen potentiellen Partnern für strategische Allianzen. Ein besonderes Problem in Deutschland ist der starke Einfluss der Lobby für Kohle und Braunkohle - den kohlenstoffreichsten Energieträgern - in den Unternehmensverbänden und Gewerkschaften und über diese auch in den Volksparteien. Der Zunahme der Braunkohleverstromung ist es zu "verdanken", dass es im Jahr 2000 - trotz Emissionsreduktionen in anderen Bereichen - zu einem Gesamtanstieg der deutschen CO₂-Emissionen kam.

Doch die Kohle gerät zunehmend in die Defensive. Bei der Steinkohle ist dies mit Händen zu greifen. Immer schwieriger wird es politisch zu begründen, warum Steinkohle, die auf dem Weltmarkt für Preise um 35 Euro pro Tonne zu haben ist, für 135 Euro in Deutschland gefördert werden soll, warum jeder Arbeitsplatz in der Kohle mit weit mehr als dem Verdienst des Beschäftigten subventioniert werden soll. Noch 1997, als der geltende Kohlekompromiss ausgehandelt und festgeschrieben worden war, hatten 200.000 Menschen von Neukirchen-Vluyn bis Hamm quer durch das Ruhrgebiet eine Kette gebildet und für den Erhalt des Bergbaus demonstriert. Symptomatisch für den sich abzeichnenden Stimmungsumbruch könnte sein, dass inzwischen etwa 13.400 Einwendungen gegen den neuen Rahmenbetriebsplan eingegangen sind, der den Steinkohlebergbau der Zeche Walsum bei Duisburg bis ins Jahr 2019 sichern soll. Die Bürgerinitiative, die den Protest gegen den Fortbestand der Zeche Walsum organisiert, hat in den umliegenden Gemeinden "viele Sympathisanten bis in die Gemeinderäte und Gemeindeverwaltungen hinein. Die Leute haben Angst, Angst um ihr Häuschen und ihre Habe, denen Bergschäden drohen. Die Anwesen könnten sogar im Hochwasser untergehen, so wird befürchtet, wenn sich der Rhein und die Gegend darum herum um einige Meter senken. (...) Was dort am Rand des Ruhrgebietes passiert ist, wäre vor einigen Jahren unvorstellbar gewesen. (...) Intellektuelle sprechen von einem Paradigmenwechsel" (FAZ, 2.8.2001).

Parallel dazu verlaufen die Arbeitsplatzzuwächse im Bereich der Erneuerbaren Energieträger initiiert vor allem durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Daraus ließe sich eine weitere zentrale Grundlage für "Subpolitik" im Rahmen des ökonomischen Systems formen. Es liegt zwar in der Logik der Sache, dass die (auf fossilen Energieträgern aufbauende) Vergangenheit besser organisiert ist, als die - erst im Entstehen begriffene - Zukunft. Aber es wird maßgeblich über den künftigen Kurs der Klimapolitik mitentscheiden, wie schlagkräftig sich die Zukunftsbranchen auf Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite organisieren und welche strategischen Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen sie eingehen.

Ebenso wichtig ist es, dass sich die Interessensgruppen, die vom globalen Klimawandel (potentiell) negativ betroffen sind, organisieren und deutlich zu Wort melden. Dies könnten neben der Versicherungsbranche und der Land- und Forstwirtschaft etwa Teile der Touristik-Branche sein. International könnten vor allem die großen Küstenstädte auf das wirtschaftliche Schadenspotential des Klimawandels für sie hinweisen. Ein großer und ständig wachsender Anteil der Menschheit lebt in diesen Städten.

Strategische Allianzen im politischen Teilsystem

"Man hat sofort Einvernehmen darüber hergestellt, dass etwas geschehen müsse, und wartet nun offenbar darauf, dass die Probleme so dringlich werden, dass man ohne Aussicht auf Verlust von Wählerstimmen aktiv werden kann" (Luhmann, ³1990, 181f). Offensichtlich schätzt der Texaner Bush es anders ein als die meisten europäischen Regierungschefs, welche Positionierung in der Klimapolitik die Wahlchancen steigert. Allerdings treiben die Umfragenergebnisse auch ihn dazu, inzwischen wenigstens verbale Bekenntnisse für den Klimaschutz abzugeben, die in einem grotesken Widerspruch zu seinem nationalen, etwa auf Ausbau des Einsatzes von Kohle setzenden Energieplan und seinem internationalen Handeln (Kyoto) stehen. Der neue italienische Regierungschef Berlusconi, der zunächst mit dem Anti-Kyoto-Kurs der US-Regierung geliebäugelt hatte, schwenkte zumindest vorläufig wieder auf Pro-Kyoto-Kurs ein, nachdem Umfragen zeigten, dass zwei Drittel der Italiener dies wünschten.

Das Ergebnis des Bonner Klimagipfels zeigt aber auch: Fast alle Regierungen der Welt halten zwar ein ernsthaftes Bekenntnis zum Klimaschutz für unverzichtbar. Sie sind inzwischen sogar bereit, dieses in ein rechtlich verbindliches Gewand zu kleiden. Aber den Zwang zu ernsthaften Maßnahmen im eigenen Land versuchen sie zugleich zu umgehen. Denn sie befürchten, dass die Einführung von Ökosteuern oder ähnlich umstrittenen Maßnahmen ihre Erfolgsaussichten bei Wahlen schmälern würde. Sie minderten deshalb durch einige "Schlupflöcher" den Handlungsdruck. Statt einer 5prozentigen Reduktion der Treibhausgase in den Industrieländern bis 2012 gegenüber 1990 wird es wohl nur eine sehr geringe Reduktion in den Industrieländern - außer den USA - geben.

Das Ergebnis der Klimagipfel von Bonn und Marrakesch hat dennoch die Chancen gesteigert, dass langfristig denkende Politiker(innen) auf eine Klimaschutz-Vorreiterrolle ihres Staates bzw. ihrer Region (etwa EU) setzen werden. Denn nun ist die Wahrscheinlichkeit erheblich gestiegen, dass langfristig international Klimaschutz betrieben wird. Damit lohnt sich eine Vorreiterrolle. Für die von Vorreitern entwickelten Technologien für Energieeffizienz und Erneuerbare Energieträger steht in Zukunft ein enormer Markt bereit. Und weniger energieeffiziente Produkte werden es auf immer mehr Märkten schwer haben, sich durchzusetzen.

Einen wichtigen Durchbruch für den Klimaschutz im politischen System wird es aber erst geben, wenn sich entschiedene Klimaschutzmaßnahmen auch im Wahlkampf verkaufen lassen. Die Förderpolitik für Erneuerbare Energieträger zeigt erste Anzeichen eines solchen positiven Images.

Es ist trotzdem mehr als zweifelhaft, ob Klimapolitik alleine wegen ihrer klimapolitischen Bedeutung schon bald den gebührenden Stellenwert in Deutschland, der EU und in der internationalen Politik haben wird. Es wird zentral darauf ankommen, mit anderen "harten" Politikfeldern "strategische Allianzen" für den Klimaschutz zu bilden. Ziel wäre es, die Einsamkeit der Umwelt- und Entwicklungsminister(innen) im Kabinett, solange es um ernsthaften Klimaschutz geht, zu beenden. Vor allem bei den Themenfelder "Versorgungssicherheit", "EU-Führungsrolle" und "Risikominimierung" bieten sich Anknüpfungspunkte für strategische Allianzen:

- Die in den letzten 15 Jahren in den Hintergrund geratene Frage nach der "Versorgungssicherheit" ist wieder stärker ins Zentrum der Politik gerückt. Verschiedenste Tendenzen haben zu dieser neuen Diskussion schon vor dem 11. September 2001 beigetragen. In den USA wurde die Energieverschwendungskrise von der Regierung in eine Energieversorgungs Krise uminterpretiert. Tatsächlich haben die Engpässe in der Gasversorgung den Gaspreis innerhalb eines Jahres um das Vierfache nach oben getrieben. Auch in Großbritannien ist der Höhepunkt der eigenen Gasförderung überschritten. Für Europa könnte dieser Zeitpunkt mittelfristig erreicht werden. Es mehren sich die Anzeichen, dass der Höhepunkt der Öl-Förderung in zahlreichen Ölländern absehbar ist. In wichtigen Industrieländern wurden die Atomenergieausbaupläne deutlich zusammengestrichen (etwa Japan) oder der Ausstieg eingeleitet (etwa Deutschland und Schweden). Ereignisse wie der Hurrikan Lothar haben selbst im bisher ideologisch an die Kernenergie und damit an eine zentrale Energie-

versorgung gebundenen Frankreich die Frage ins Zentrum gerückt, ob in Zukunft aus Risikogesichtspunkten nicht eine dezentrale Energieversorgung eine weit wichtigere Rolle spielen müsste. Die Klimaschutzpolitik legt in den nächsten Jahrzehnten einen zügigen Ausstieg aus dem kohlenstoffhaltigsten Energieträger - der Braun- und Steinkohle - nahe. Es ist offensichtlich, dass Energieeffizienz - Faktor vier oder mehr - und Erneuerbare Energieträger (einschließlich dem Einstieg in eine Wasserstoffwirtschaft) die beiden Säulen sein könnten, die das Problem wesentlich entschärfen. Für rohstoffarme Länder kann diese Doppelstrategie maßgeblich die Rohstoffabhängigkeit und - vor allem für "Entwicklungsländer" - die Außenschuldenanfälligkeit verringern. Hier liegt eine Weichenstellung, wo zentrale politische Akteure für den Klimaschutz gewonnen werden können. Diese Debatte zu einem entsprechenden Richtlinienvorschlag der EU ist auch deshalb zentral, weil sie von anderen Akteuren dazu genutzt werden wird, eine langfristige Zementierung eines hohen Kohlesockels festzuschreiben oder eine Auferstehung der Kernkraft einzuläuten. In Deutschland ist das Kanzleramt mit dem Richtlinienvorschlag befasst.

- Beim Klimagipfel in Bonn zeigte sich die EU so einig und gut organisiert wie selten. Dies, und dass es gelang, alle Staaten außer den USA zu einem Konsens für das Kyoto-Protokoll zu führen, war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Europa eine von vielen Staaten akzeptierte Schlüsselrolle als Gegengewicht zukommt, wenn die neue US-Regierung ihren Weg der Selbstisolierung bzw. des Unilateralismus fortsetzt. Einerseits hat niemand so massiv auf eine beschleunigte Globalisierung des ökonomischen und technologischen Systems gesetzt wie die USA. Andererseits weigert sich die einzig verbliebene Weltmacht, die notwendigen - ebenfalls globalen - Konsequenzen zur ökologischen und sozialen Bändigung der "wildnen Globalisierung" zu ziehen. Weitere Anzeichen für eine Fortsetzung des selbstisolationistischen US-Kurses der Verantwortungsaufgabe gegenüber globalen Problemen sind, dass sich die US-Regierung gegen eine internationale Vereinbarung über die Beschränkung von Kleinwaffen stellte und den Entwurf über die Kontrolle biologischer Waffen zum Scheitern brachte. Die neue Regierung ist ein entschiedener Gegner eines internationalen Strafgerichtshofes. Die Pläne für eine Raketenabwehr stellen das multilateral ausgehandelte Gleichgewicht der Kräfte in Frage. Damit verschärfte die neue Regierung eine Tendenz, die schon unter der Clinton-Administration - ob aus Überzeugung oder wegen des Agierens des Kongresses sei dahingestellt - wahrzunehmen war. Aus europäischer Sicht mit den vielen leidvollen geschichtlichen Erfahrungen, die auf Multilateralismus und Integration hinzielen, muss ein Souveränitätsverständnis, das die eigene Handlungsfreiheit über alles stellt, in einer globalisierten Welt mit wachsenden globalen Problemen zunehmend absurd erscheinen; und dies umso mehr, als fraglich erscheint, inwieweit die US-Politik angesichts ihrer engen strukturellen Kopplung an die Energiewirtschaft nicht intern ihre Souveränität - gegenüber dem ökonomischen Teilsystem - begonnen hat aufzugeben ... "Amerika wird so - unfreiwillig, aber unausweichlich - zum Antreiber eines Prozesses, der als Gegenmachtbildung beschrieben werden kann. Diese "Gegenmacht" - in einem nichtantagonistischen Sinn - wird Europa sein, Amerikas Partner, ob einem der Beigeschmack des Wortes gefällt oder nicht. Amerikas Alleingänge sind für Europa gewissermaßen ein Anreiz, die internen Gegensätze zu überwinden und zu Geschlossenheit zu finden. Das gilt für die Außen- und Sicherheitspolitik wie eben auch für die Klimapolitik." (Frankenberger, 2001). Im Klimaschutz ist die EU beim Bonner Klimagipfel 2001 unter der hervorragenden Leitung der belgischen Präsidentschaft ein wichtiger Schritt in eine globale Führungsposition - jenseits vom dumpfen Getöse tödlicher Waffen - gelungen. Diesen Führungsanspruch im Bereich des Klimaschutzes kann die EU allerdings nur dann wirkungsvoll untermauern, wenn sie in der EU eine anspruchsvolle Klimaschutzpolitik fortsetzt. Falls es gelingt, den Klimaschutz tatsächlich zu einem Musterfeld der EU-Vertiefung zu machen, kann es zu einer kraftvollen Allianz zwischen EU-Befürwortern und denen des Klimaschutzes kommen. Es ist spannend zu beobachten, ob sich deutsche Parteien dieser Vision im gerade beginnenden Wahlkampf bedienen.
- Angesichts des wachsenden Potentials des globalen Klimawandels, ganze Regionen durch Wetterkatastrophen zu destabilisieren, kann Klimapolitik auch für die Außenpolitik - und damit in den Außenministerien - zu einem ernsthaften Thema werden. Bislang - auch beim deutschen Außenminister - herrscht dort oft noch die Meinung vor, dass sich "richtige Männer" nicht über weiche Themen wie den Klimaschutz austauschen. Gerade der 11. September sollte zu denken geben, ob zu einer globalen Risiko-Minimierungsstrategie nicht auch eine aktive Klimaschutz- und -anpassungspolitik gehören muss.

Die Klimapolitik wird kaum den ihr gebührenden Stellenwert bekommen, wenn es nicht gelingt, strategische Allianzen mit den Ressorts und Akteuren einzugehen, die sich für Versorgungssicherheit, eine Weiterentwicklung der EU und gegen eine weitere Verschärfung der globalen Sicherheitslage einsetzen. Klimapolitik muss zu einem Politikfeld auch der "harten" Ressorts werden.

Fazit: Jenseits von Hoffnung und Resignation

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Sowohl in der "Politik von unten", als auch in der "UN-Klimapolitik" und der "Subpolitik" stecken Potenziale der Weltgesellschaft, sich auf selbstgeschaffene Gefährdungslagen wie den globalen Klimawandel einzustellen.

Bisher zeichnet sich allerdings nur in Ansätzen ab, dass diese Potenziale tatsächlich genutzt werden. Lediglich, wenn man diese bescheidenen Mikrotrends als Beginn einer exponentiellen Entwicklung deutet, gibt dies Anlass zu Hoffnung. Resignation würde diese Hoffnung zunichte machen.

	Politisches Teilsystem	Wirtschaftliches Teilsystem	Technologisches Teilsystem
UN-Klimapolitik	<p>Soll für die nationale Politik eine unverantwortliche Klimapolitik zum politischen Misserfolg machen.</p> <p>Veränderter Rahmen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Handelspolitik - Verantwortungsübernahme - Institutionelle Investoren 	<p>UN-Klimapolitik soll die Klimasignale so übersetzen, dass sie für das wirtschaftliche System "wahrnehmbar" sind.</p> <p>(Bsp. Absolute Ziele und Emissionshandel)</p>	<p>Übersetzung der "Klimasignale" soll Know-how in die Richtung von Lösungstechnologien lenken</p> <p>Forschungspolitischer Rahmen für Lösungstechnologien (einschließlich sozialwissenschaftl. Fragestellungen)</p>
Subpolitik	<p>Strategische Allianzen mit anderen "harten" Politikfeldern, etwa mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Versorgungssicherheit - EU-Führungsrolle "ohne Säbelklirren", Global Governance - Sicherheitspolitik und Risikominderungsstrategie 	<p>Strategische Allianzen bei teilweiser Interessensüberschneidung, etwa mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Versicherern (etwa UNEP-Versichererinitiative) - Technologieanbieter für Klimaschutzlösungen (etwa e5) - Befürworter eines internationalen Rahmens der Klimapolitik (etwa e-mission 55) - Arbeitnehmer aus der Erneuerbaren-Industrie 	<p>Strategische Allianzen mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Technologieentwicklern - Unterstützung von Lebensstilalternativen mit zukunftsweisenden "sanften" Technologien
Politik von unten	<ul style="list-style-type: none"> - Wahl (Stimmzettel) - Protest - Ziviler Ungehorsam 	<ul style="list-style-type: none"> - Konsumentenscheid - Sozial verantwortliche Geldanlage - Handlungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer(innen) 	<ul style="list-style-type: none"> - Berufswahl: Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Technologien als Kriterium

Literatur

- Bateson, Gregory, 1990: Ökologie des Geistes, Frankfurt a.M., Suhrkamp, 3. Auflage; Originalausgabe: Steps to an Ecology of Mind, 1972, Chandler Publishing Company
- Beck, Ulrich, 1988: Gegengifte, Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt a.M., edition suhrkamp
- Beck, Ulrich, 1993: Die Erfindung des Politischen, Frankfurt a.M., edition suhrkamp
- Buck, Matthias / Verheyen, Roda, 2001: International Trade Law and Climate Change - A Positive Way Forward, FES Analyse Ökologische Marktwirtschaft, Juli 2001, Bonn, library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01052.pdf
- Bush, George W., 2001: Brief an Senator Hagel, 13.3.2001, dokumentiert in deutscher Übersetzung in: Klima-Kompakt Nr. 10, www.germanwatch.org/rio/bush01k1.htm
- Business Council for Sustainable Energy, 2000: Climate Change & Business, October 2000, Volume IV, Issue 9, E-mail-Version
- Deml, Max / Weber Jörg, 1999: Grünes Geld Jahrbuch für ethisch-ökologische Geldanlagen 2000 / 2001 ALTOP-Verlag

- Der Rat für Nachhaltige Entwicklung, 2001: Dialogpapier, Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland, Schwerpunktthemen, Berlin; www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/pdf/RNE_Dialogpapier.pdf
- Enquete Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft", 2001: Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" - Herausforderungen und Antworten, Berlin, Bundestagsdrucksache 14/6910, www.bundestag.de/gremien/welt/welt_zwischenbericht/
- Evolution markets, 2001: Executive brief, 20.08.2001, Washington D.C. (E-Mail-Versand)
- Frankenberger, Klaus-Dieter, 2001: Amerikanische Herausforderungen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.8.2001, S.1
- Germanwatch (Hg.), 1995: Lobbyhandbuch Nord-Süd, Bonn, Germanwatch e.V.
- Germanwatch, 1998: Es geht So nicht - die Germanwatch-Zeitung zum Thema Esso/Exxon und Klimapolitik, Nov. 1998; www.germanwatch.org/rio/gwz398.htm
- Germanwatch, 2000: Klima, Politik und Wissenschaft - der internationale Klimaverhandlungsprozess und der Beitrag der Wissenschaft. Rio Konkret Briefing Papier, September 2000, www.germanwatch.org/rio/bpsb13.htm
- Glitz, Peter, 1983: Nachwort, in: Glitz, Peter (Hg.), Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, Frankfurt a.M., Suhrkamp, S. 147-150
- Habermas, Jürgen, 1983: Ziviler Ungehorsam - Testfall für den demokratischen Rechtsstaat", in: Glitz, Peter (Hg.), Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, Frankfurt a.M., Suhrkamp, S. 29-53
- Habermas, Jürgen, 1985, Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a.M., edition suhrkamp
- Habermas, Jürgen, 1994: Faktizität und Geltung - Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, 4. Auflage, Frankfurt a.M., Suhrkamp, Erstauflage 1992;
- Habermas, Jürgen, 1998: Die postnationale Konstellation, Frankfurt, edition suhrkamp
- Hammond L., Allen, 1999: Projekt Erde - Szenarien für die Zukunft, Gerling Akademie; Original-Ausgabe: Which World?, 1998, Washington D.C., Island Press
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), 2001a: Third Assessment Report, Climate Change 2001, www.ipcc.ch
- IPCC, 2001b: Summary for Policy Makers - WG I - Climate Change 2001: The Scientific Basis, www.ipcc.ch
- IPCC, 2001c: Summary for Policy Makers - WG II - Climate Change 2001: Impacts, Adaptation and Vulnerability, www.ipcc.ch
- IPCC, 2001d: Summary for Policy Makers - WG III - Climate Change 2001: Mitigation, www.ipcc.ch;
- IPCC, 2001e: Climate Change 2001 - Synthesis Report, www.ipcc.ch;
- International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, 1999: World Disaster Report 1999, Geneva
- Jotzo, Frank / Michaelowa, Axel, 2001: Estimating the CDM market under the Bonn agreement, HWWA discussion paper No. 145, Hamburg, www.hwwa.de/Publikationen/Discussion_Paper/2001/145.pdf
- Koch, Claus, 1995: Die Gier des Marktes, Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft, München / Wien, Carl Hanser,
- Kreye, Andrian, 2001: Voll auf Feme, Bushs Antiterrormaßnahmen verändern das amerikanische Recht, in: Süddeutsche Zeitung, 6.12.2001, S. 17
- Krupp, Helmar, 1996: Zukunftsland Japan, globale Evolution und Eigendynamik, Darmstadt, Wiss. Buchgesellschaft
- Luhmann, Niklas, 1990: Ökologische Kommunikation - Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? 3. Auflage, Opladen, Westdeutscher Verlag, Erste Auflage 1986
- Luhmann, Niklas, 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Band II, Frankfurt a.M., Suhrkamp Verlag
- Mansley, Mark / Dlugolecki, Andrew, 2001: Climate Change - A Risk Management Challenge for Institutional Investors, London, USS (Universities Superannuation Scheme)
- Menzel, Ulrich, 1992: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt a.M., edition suhrkamp,
- Parry, M., Arnell, N., McMichael, T., Nicholls, R., Martens, P., Kovats, S., Livermore, M., Rosenzweig, C., Iglesias, A. and Fischer G., 2001: Millions at risk: defining critical climate change threats and targets. Global Environmental Change, 11, 181-183; siehe auch: Jackson Environment Institute, 2001: *Millions at risk*, Ei-

- genveröffentlichung; eine gekürzte deutsche Übersetzung ist veröffentlicht bei: Germanwatch, Klimakompakt 16, www.germanwatch.org/kliko/k16parry.htm*
- Polany, Karl, 1995: The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 3. Aufl., Frankfurt a.M., Suhrkamp, Erste Auflage 1978; Originalausgabe: The Great Transformation, 1944;
- Prantl, Heribert, 2001, Der Terrorist als Gesetzgeber, Wie westliche Regierungen den Rechtsstaat demontieren, in: Süddeutsche Zeitung, 8./9.12.2001, S. 13
- Rawls, John, Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M., Suhrkampverlag; Titel der Originalausgabe: A Theory of Justice, 1971
- Schneeweiss, Antje, 1998, Mein Geld soll Leben fördern - Hintergrund und Praxis ethischer Geldanlagen, Mainz/Neukirchen-Vluyn, Matthias-Grünwald-Verlag oder Neunkirchener-Verlag
- Simonis, Udo Ernst, 2001: Vertrag von Kyoto gerettet - Chance für die Zukunft verpasst", in: natur & kosmos, Heft 9/2001,
- SZ-Magazin "jetzt", 9.7.2001
- Vrolijk, Christiaan / Grubb, Michael, 2000: Quantifying Kyoto: How will COP 6 decisions affect the market?" Report of a Workshop organized by RIIA, London, www.riia.org/Research/eep/qkreport.pdf
- Von Weizsäcker, Ernst Ulrich, 1992: Erdpolitik, 3. Auflage, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Walk, Heike / Brunnengräber Achim, 2000: Die Globalisierungswächter, NROs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster, Westfälisches Dampfboot .
- Willke, Helmut, 1992: Ironie des Staates - Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft, Frankfurt a.M., suhrkamp